

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei bester Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Streichband für Deutschland 6.40 M., für Ausland 7.40 M., per Brief 12.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2803 und 2806.

Inserate folgen die amtliche Komposition oder deren Raum 1,20 M., Werbefreigebe das entsprechende Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Zeitungszuschlag 10 Proz. Bei Familien- u. Veranlagungskonzeptionen fällt der Zuschlag fort. Insetats für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Druckerei-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

ARBEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kein Abbruch des Metallarbeiterstreits

Einladung zum Parteitag.

Parteigenossen!

Seit unserem Parteitage im März hat unsere Partei einen beispiellosen Aufschwung genommen. Tausende neue Massen sind unsern Organisationen zugeschwommen; ein reges geistiges Leben pulsiert in ihnen. Das leidenschaftliche Ringen des deutschen revolutionären Proletariats nach Klarheit über die Wege zum Sozialismus spiegelt sich in unsern Parteidiskussionen wider. Die weltpolitische Situation stellt das internationale Proletariat vor gewaltige Probleme, zu deren Lösung unsere Partei in entscheidendem Maße mitberufen ist. Je einheitlicher und geschlossener die Anschauungen in der Partei über die Aufgaben und die Taktik der Partei im nationalen wie im internationalen Rahmen sind, je energischer und fester vermag sie den Kampf zur Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus zu führen. Daher rufen wir die Parteigenossen auf, durch einen

außerordentlichen Parteitag

erneut unser geistiges Rüstzeug prüfen und schärfen zu lassen.

Wir berufen den Parteitag zum

Sonntag, den 16. November 1919,

abends 6 Uhr, nach Leipzig,

ins dortige Volkshaus ein. MS

Tagesordnung

Wofür wir dort:

1. Geschäftsbericht der Parteileitung. Berichtshorror: Dittmann.
2. Programm und Taktik der Partei. Referent: Crispian.
3. Unsere Stellung zur Internationale. Referent: Silberding. Korreferent: Stoeder.
4. Die Gewerkschaftsbewegung. Referent: Genke.
5. Besondere Anträge.

Die Delegation zum Parteitag

kann nicht mehr nach Reichstagswahlkreisen geschaffen, weil dies nicht mehr die Grundlage unserer Organisation bilden. Wir müssen die Mandate auf die Agitationsbezirke nach der Mitgliederzahl verteilen.

Unter Zugrundelegung einer Gesamtmitgliedszahl von 750 000 und einer Delegiertenzahl von 300 entfällt auf je 2500 Mitglieder ein Delegierter. Wir empfehlen nun, in den Agitationsbezirken besondere Wahlkreise mit annähernd je 2500 Mitgliedern zu bilden und die Delegierten durch Urwahlen von den Mitgliedern in besonderen Wahllokalen wählen zu lassen, ein Einmischen der Stimmen in den Wohnungen oder Werkstätten ist unstatthaft. Große Ortsvereine, denen mehrere Delegierte zustehen, können diese auch, ohne Einzelwahlbezirke zu bilden, zusammenwählen. Wo die alten Wahlkreisgrenzen noch beachtet werden können, sie entsprechend Berücksichtigung finden, eventuell sind mehrere Wahlkreise zusammenzusetzen. — Die Delegationskosten sind natürlich in den Bezirken aufzubringen. Vor der Bornahme der Wahlen ist in den Delegierten über die Tagesordnung des Parteitages zu diskutieren und es ist überall zu betonen, daß die soziale Stellungnahme zu den Problemen, die der Partitag zu lösen hat, für die Delegiertenwahlen entscheidend zu sein hat.

Anträge zum Parteitag

die in die gedruckte Vorlage für den Parteitag aufgenommen werden sollen, müssen spätestens am Freitag, den 7. November, in unseren Händen sein.

Mitteilungen über die Wohnungsverhältnisse für die Delegierten in Leipzig werden noch bekanntgegeben. Parteigenossen! Am Besten Nehmt Stellung zum Parteitag, wählt Eure Delegierten und stellt Eure Anträge!

Eine falsche Meldung.

Das gestrige „8 Uhr-Abendblatt“ bringt an auffälliger Stelle eine Notiz, daß nach Information vom Metallarbeiterverband die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Metallarbeiter frühestens am Montag erfolgen werde.

Diese Mitteilung ist völlig aus der Luft gegriffen. Eine Wiederaufnahme der Arbeit kann nicht eher erfolgen, bis alle Gruppen vom Schiedsgericht ihre Entscheidung erhalten haben. Es ist daher noch mit einer Streikdauer von mindestens einer Woche zu rechnen. Die streikenden Metallarbeiter werden, nachdem sie die Unternehmer an den Verhandlungstisch gezwungen haben, auch weiter ausharren, bis die Verhandlungen selbst von Erfolg gekrönt sind.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie!

Wie gestern vom Reichswehrminister schriftlich ausgesetzt, sollte die Nothilfe sofort zurückgezogen werden, wenn die Maschinen und Geizer die Aufnahme der Arbeit beschließen. Die gegebene Zusage ist nicht gehalten, die „Technische Nothilfe“ macht also die Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich.

Die Verhandlungskommission begab sich heute um 11 Uhr nach dem Arbeitsministerium, um mit den Unternehmern über die Zusammenfassung des Schiedsgerichts sich zu einigen. Es kommen sieben Herren in Frage, auf die sich die Unternehmer- und Arbeiter-Vertreter geeinigt haben. Die vier ersteren sind ständige Vertreter, die drei letzteren der Reihe nach Ersatz-Vertreter. Wir können aber die Namen dieser unparteiischen Schiedsrichter nicht eher veröffentlichen, bis diese ihre Bereitschaft zur Übernahme der Schiedsrichterämter erklärt haben.

In einer Vorbesprechung über die ersten Verhandlungen, welche am Dienstag vormittag im Reichsarbeitsministerium beginnen sollen, sind folgende Gruppen für die Verhandlungen vorgesehen:

- Dienstag: vormittags 10 Uhr — Schmiede; 11 Uhr — Maschinenarbeiter; 12 Uhr — Eisendreher; 3 Uhr nachmittag — Metallarbeiter; 4 Uhr nachmittag — Transportarbeiter.

Am Montag soll die Kommission zusammenzutreten, um allgemeine Klärungsfragen über die Eingruppierung der Branchen zu besprechen.

Außerdem hat die Verwaltung beschlossen, daß die Branchenvertreter der am Dienstag zur Verhandlung kommenden Gruppen am Montag, nachmittags 3 Uhr, im Verbandshaus, Diniensstr. 83-85, Zimmer 8, zu einer sehr wichtigen Besprechung sich einzufinden haben.

Am Mittwoch stehen folgende Gruppen zur Verhandlung: vormittags 10 Uhr — Metallformer; 11 Uhr — Maschinenarbeiter; 12 Uhr — Schraubendreher; 3 Uhr — Einrichter und Revisoren; 4 Uhr — Kupferschmiede, Kesselschmiede, Geizer und Maschinenisten.

Die Branchenvertreter dieser Gruppen finden sich am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, im Verbandshaus, Diniensstr. 83-85, Zimmer 8, zu einer ebenfalls sehr wichtigen Besprechung ein.

Wir weisen noch darauf hin, daß Mitgliedsbücher, die sich bei der Streikleitung angefordert haben und deren Zuständigkeit nicht zu ermitteln ist, unverzüglich im Verbandsbureau, Diniensstr. 83-85, Zimmer 9, abzuliefern sind.

Die Gewerkschaftskommission der Gewerkschaften Groß-Berlins.

Die Kämpfer-Kommission.

(Weitere Nachrichten in der 1. Beilage.)

Sorgt dafür, daß auch dieser Parteitag unserer Bewegung einen so mächtigen Impuls nach vorwärts verleiht, wie es der Revolutionsparteitag im März getan hat.

Berlin, den 14. Oktober 1919.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Karl Crispian, Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, Wilhelm Adenau, Gustav Lohaus, Julius Moske, Anna Rehmig, Walter Stoeder, Luise Rieb.

Das Problem der Internationale

5. Was ist zu tun?

(Schluß)

A. S. Das Moskauer Programm unseres Parteitagess vom März d. J. enthält als eine der nächsten Forderungen den U. S. D. folgenden Satz:

„Wiederaufnahme der Arbeiterinternationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Brüssel.“

Die seit dem März eingetretenen Veränderungen in der inneren und äußeren Politik der europäischen Länder, sowie der allgemeine Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung haben der Frage der Erneuerung der Internationale eine Bedeutung verliehen, die allerorts zu praktischen Maßnahmen auf diesem Gebiete drängt. Dieser Umstand ist es gewesen, der auch die Unabhängige Sozialdemokratie veranlaßt hat, die Frage der Internationale auf die Tagesordnung des im November stattfindenden Parteitages zu setzen.

Es wird nun von verschiedenen Seiten versucht, das Problem der Internationale so darzustellen, als ob es sich um eine Entscheidung zwischen der „Zweiten“ und der „Dritten“ Internationale, zwischen Genf und Moskau, handele. Die Fragestellung trifft nicht zu und ist durch ihre Einseitigkeit geeignet, ein tieferes Eindringen in das Problem der Internationale zu hemmen. Das Problem liegt vielmehr so, in welcher Richtung die sozialistischen Parteien aller Länder wirken müssen, um aus den Trümmern der alten Internationale auf dem Boden der durch Krieg und Revolution geschaffenen neuen Weltlage eine neue proletarische Internationale zu schaffen, die geeignet ist, alle Kräfte des erwachenden Proletariats in der Richtung zur Verwirklichung des Sozialismus zusammenzufassen.

Wir haben in den vorhergehenden Artikeln nachgewiesen, daß alle bisher unternommenen Versuche, einerseits die alte Internationale wieder herzustellen und andererseits eine neue kommunistische Internationale zu schaffen, den Anforderungen, die wir an die neue Internationale stellen müssen, nicht gerecht geworden sind. Die Konferenzen in Bern und Luzern haben das Proletariat unbefriedigt gelassen, weil in ihnen der revolutionäre Wulstschlag unserer Zeit viel zu wenig zu hören gewesen ist. Andererseits erscheint die in Moskau gegründete „Dritte Internationale“ als eine Neugründung, deren theoretische Grundlage und taktische Richtung in vieler Beziehung anfechtbar und ungewinnlich ist. Auch ihre fast völlige Isolierung von der westeuropäischen Arbeiterbewegung und ihr scharf ausgeprägter Sektenscharakter machen es notwendig, diese Neugründung nach allen Richtungen hin kritisch zu beleuchten.

Nun wird gegenüber einer solchen Stellungnahme der Einzelnen erhoben, daß eine Kritik der Moskauer Internationale gleichbedeutend sei mit einer Kritik der russischen Revolution, die als Vorkämpferin der Weltrevolution um ihre Existenz ringt. Es sei vielmehr Pflicht des revolutionären Proletariats in allen Ländern, durch Anschluß an die Moskauer Internationale die russische Revolution moralisch zu unterstützen und so der Weltrevolution die Wege zu ebnen.

Nichts wäre für die Zukunft der neuen proletarischen Internationale verhängnisvoller, als wenn man sie auf der schwankenden Grundlage politischer Konstellationen und platonischer Sympathieäußerungen aufbauen wollte. Der Ausbau der sozialistischen Internationale ist ein Werk, von dem die Zukunft der sozialistischen Revolution, der entscheidende Endkampf zwischen Arbeit und Kapital abhängt. Dieser Aufbau muß deshalb mit dem größten Ernst, nach eingehender Prüfung aller ökonomischen, politischen und sozialen Faktoren in den wichtigsten Ländern der Welt in Angriff genommen werden. Er darf kein Stückwerk, keine Improvisation, kein leichtfertiges Experiment sein. Er muß durch seine theoretische Grundlage, wie durch die Politik der großen proletarischen Massen bei seiner Durchführung die Gewähr dafür bieten, daß die neue Internationale auf festem, trotzigen Fundament ruht und die Bewegung im Kampf gegen alle

* Siehe auch Nr. 468, 467, 466 und 465.

Wächter des Kapitalismus und Imperialismus zu übernehmen vermag.

Andererseits darf die Vorbereitung für die Schaffung einer neuen Internationale nicht vermerkt werden mit irgendwelchen internationalen Aktionen, die durch eine besondere Situation herausgefordert werden können. Eine solche Aktion wird beispielsweise gegenwärtig notwendig gegenüber der Intervention der Entente in Rußland. Diese Aktion findet schon jetzt größte Sympathie und weitestgehende Unterstützung bei allen wirklich revolutionären, sozialistischen Parteien Westeuropas, bei der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands nicht minder als bei den französischen, italienischen und englischen Sozialisten. Wollte man aber mit einer gemeinsamen internationalen Aktion gegen die Intervention in Rußland warten, bis die großen proletarischen Parteien der westeuropäischen Länder sich der Moskauer Internationale angeschlossen haben, so wäre dadurch Sowjet-Rußland ebenso wenig geholfen wie der Moskauer Internationale. Es muß vielmehr erwartet werden, daß alle sozialistischen Parteien Westeuropas, die diesen Namen zu Recht tragen, jede von ihrem Platze aus, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Intervention in Rußland ankämpfen, unabhängig davon, ob sie sich der Moskauer Internationale angeschlossen haben oder nicht. Ebenso ist aber aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß sich in allen sozialistischen Parteien Westeuropas ein eifriger Revolutionierungsprozeß vollzieht, der auf die Schaffung eines gemeinsamen internationalen Kampfbündnisses in Form einer neuen Internationale hindeutet.

Dieser Prozeß, der eine natürliche Folge der Wendung des Weltkrieges und des Aufschwunges der proletarischen Massenbewegung in den Ententeländern ist, muß von unserer Seite mit allen Mitteln unterstützt werden, da er die wichtigste Vorbedingung für die Zusammenfassung der großen Arbeitermassen der entwickeltesten Industrieländer unter dem Banner einer neuen sozialistischen Internationale ist. Dreißig Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter stehen in diesen Ländern da als ausschlaggebender Faktor bei dem bevorstehenden Endkampf zwischen Arbeit und Kapital. Diese Millionen organisierter Proletarier würden zum größten Teil dem Einfluß ihrer bisherigen kleinbürgerlich-reformistischen Führer überantwortet werden und für die bevorstehenden sozialrevolutionären Kämpfe verloren gehen, wenn die tatkräftigsten, zielbewusstesten Elemente der alten Internationale die Verbindung mit ihnen lösen und sich der Moskauer Internationale, die sich fast ausschließlich auf den agrarischen Osten stützt, zuwenden würden.

Dieser Möglichkeit, die vom Bürgertum und allen rechtsstehenden Elementen der Arbeiterbewegung freudig begrüßt werden würde, gibt es vorzubeugen. Es darf keine Internationale errichtet werden, bei der die großen proletarischen Massen der westlichen Länder nicht dabei wären. Jede ernste Aktion würde bei einer solchen Internationale von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteilt sein.

Wir aber wollen — darin sind wir mit den Kommunisten vollkommen einig — keine Internationale der Worte, sondern eine Internationale der Tat. Den Weg zu einer solchen Internationale sehen wir aber nicht dort, wo die Kommunisten ihn sehen. Nicht, indem wir uns von den proletarischen Massenorganisationen der Westländer abwenden, sondern indem wir zu ihnen gehen, ihnen unsere Ideen und revolutionären Kampfmethoden zugänglich zu machen suchen, schaffen wir jene Internationale der Tat, deren Aktionen am ehesten die Parteien der Moskauer Internationale zu retten vermögen.

Um eine solche Internationale der Tat zu schaffen, bedarf es allerdings mehr als eines bloßen Zusammenstehens mit den westlichen Arbeiterparteien in einer gemeinsamen Organisation. Wir wollen dieses Zusammenstehen nicht erkaufen durch die Preisgabe unseres revolutionären Prinzips. Wir müssen vielmehr alles anwenden, um im Verein mit unseren Gesinnungsgenossen in den andern Ländern die neu entstehende internationale Organisation des Proletariats von innen heraus zu revolutionieren. Die Ergebnisse unseres bisherigen Wirkens auf diesem Gebiet erlauben uns, diesem Prozeß mit der größten Zuversicht entgegenzusehen.

Friedrich Adler schrieb darüber kurz nach der Luzerner Konferenz im Wiener „Kampf“:

„Die überwältigende Mehrheit des Weltproletariats steht heute im wesentlichen auf dem Boden der Unabhängigen Deutschlands, was nichts anderes bedeutet, als daß es zurückgefunden hat aus der Kriegshypothese zu unseren alten Prinzipien der marxistischen Sozialdemokratie. Das zeigte sich mit großer Deutlichkeit bereits auf der Luzerner Augustkonferenz der zweiten Internationale. Dort bildeten die Unabhängigen Deutschlands mit der Mehrheit der französischen Linken (Languet-Gruppe) und der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (Macdonald) bereits einen Block, der durchaus befähigt ist, die Führung in der Internationale zu übernehmen.“

Dieser Block der französisch-englisch-deutschen Linken würde seiner stärksten Stütze beraubt sein und die Führung in der Internationale nicht übernehmen können, wenn die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands auf ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihm verzichtet würde. Es erscheint auch nach der ganzen Situation in Frankreich und England zur Zeit völlig ausgeschlossen, daß die französische und englische Linke bei einem etwaigen Austritt der U. S. P. und ihrem Uebertritt zur Moskauer Internationale ihr folgen würde. Vielmehr würde durch eine solche Schwächung des linken Blocks die Führung in der Internationale an die gemäßigten Elemente übergehen, die den Revolutionierungsprozeß der internationalen Arbeiterbewegung aufhalten würden.

Die geschilderte Situation in der Internationale schreibt der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, als der Mittlerin zwischen dem revolutionären Osten und der beginnenden revolutionären Bewegung des Westens, die Aufgabe vor, jede Verbindung mit den proletarischen Massenorganisationen des Westens zu nützen, um sie mit revolutionärem Geiste zu erfüllen und gemeinsam mit ihnen das Fundament für eine neue Internationale der Tat zu legen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, muß die Unabhängige Sozialdemokratie aber auch in steter Verbindung mit jenen

Parteien bleiben, die zur Moskauer Internationale gehören oder (wie z. B. die Schweizerische Partei) aus der Zweiten Internationale ausgetreten sind, ohne sich der Moskauer Internationale angeschlossen zu haben.

So sind für die nächsten praktischen Maßnahmen unserer Partei die Richtlinien klar vorgezeichnet. Sie hat für den Aufbau der neuen revolutionären Internationale die Bausteine von überall her, von Osten wie von Westen, heranzuziehen. Sie hat auf ihrem bevorstehenden Parteitag weniger darüber zu diskutieren, welche Internationale, die „Zweite“ oder die „Dritte“, besser sei, sondern sie hat ein Aktionsprogramm für jene neue revolutionäre Internationale auszuarbeiten, die eine Synthese, eine organische Zusammenfassung der „Zweiten“ und der „Dritten“ Internationale bilden soll. Die Beteiligung an dem Genfer Kongreß kommt hierbei nur als eine der notwendigen praktischen Maßnahmen in Betracht und nur insofern, als sie der Revolutionierung der Internationale und der Zusammenfassung aller Kräfte des revolutionären Proletariats aller Länder dienlich sein könnte.

Ein Kinderauszug.

Die Nationalversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung einen eigenartigen Vorgang erlebt. Als Genosse Eichhorn das Wort zum Etat des Reichsarbeitsministeriums nahm, erhoben sich sämtliche bürgerliche und rechtssozialistische Abgeordnete und verließen fluchtartig den Saal. Man wurde dabei an den Kreuzzug der Kinder gegen die Ungläubigen im Mittelalter und an die Demonstrationen der Kinder von Florenz zur Zeit des Rönches Savonarola erinnert. Nur daß damals wirkliche Kinder daran beteiligt waren, während am 18. Oktober 1919 erwachsene politische Kinder sich an einer solchen Veranstaltung beteiligten. Der Vorgang wirkte höchst lächerlich, und wenn auch die Herren Abgeordneten nachträglich erklärten, daß sich ihr Auszug nicht gegen die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten, sondern nur gegen Genossen Eichhorn richtete, so bleibt er doch eine Kinderei, die nicht etwa den Genossen Eichhorn, der ja als Mitglied der Nationalversammlung sprach, sondern die Demonstranten selbst traf.

An dem Auszug hat sich auch Herr Schlicke beteiligt, derselbe Schlicke, der eben erst zur Niederlegung seines Postens als Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes gezwungen wurde, weil er nicht mehr das Vertrauen seiner Kollegen besaß. Offenbar wollte er seiner neuen Freundschaft, dem kapitalistischen Bürgertum einen Beweis dafür liefern, daß er dessen Vertrauen vollkommen würdig sei. So große Verdienste Herr Schlicke sich ebendamals um die Organisation der Metallarbeiter erworben haben mag, sein jetziges Verhalten zeugt nur dafür, daß er sich nun vollkommen in die Auffassungen des Bürgertums über die Arbeiterbewegung hineingelebt hat.

Genosse Eichhorn ließ sich durch diese Kinderei nicht abhalten, den Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie zu den Fragen darzulegen; die mit dem Ressort des Reichsarbeitsministeriums zusammenhängen. Er führte aus, daß die proletarische Revolution, die in den Arbeitern einen Augenblick die Hoffnung erweckt habe, daß die Götterdämmerung der kapitalistischen Herrschaft angebrochen sei, kämmlisch verrotten worden sei gerade von denen, die einst Mitstreiter im Kampfe gegen den Kapitalismus gewesen sind. Dieselben Anklagen, die von den alten Gewerkschaftsführern gegen das frühere Regime erhoben worden sind, müssen jetzt gegen die republikanische Regierung wiederholt werden. Die arbeitserfreundliche Politik ist durch den Krieg nur unterbrochen worden, jetzt wird sie von den Deuten fortgeführt, die diese Politik ebendamals nicht scharf genug brandmarkten konnten. Eichhorn fragte den abtretenden Herrn Minister, wie er sich zu den Eingriffen seines Parteigenossen Roske in das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter stelle, und wie er als alter Gewerkschaftler die Gewerkschaftspolitik des neuen Militarismus abzulernen gedachte, ob er überhaupt in der Lage sei, etwas dagegen zu unternehmen.

Das Programm des Herrn Schlicke sei wohl sehr reichhaltig, es komme aber auf den Geist an, der die gesamte Sozialpolitik durchdringe, und da sei es zweifelhaft, ob dieser Geist den Anforderungen entspreche, die die Arbeiter an die Regierung zu stellen haben. Die Arbeitszeit für Jugendliche, für Beleg- und Scherarbeiten müsse auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden. Der Arbeiterinnenlohn sei wesentlich auszubauen. Die angekündigte Erhöhung der Rentenzulagen sei unzulänglich. Auch die Hausangestellten seien der Unfallversicherung zu unterstellen. Gegen die Verbindung der Arbeitslosenversicherung mit dem Arbeitsnachteilsverbot müsse allerhöchster Einspruch erhoben werden. Das Arbeitsnachweiswesen müsse ausgebaut werden, nicht aber etwa zugunsten der von der Regierung bezugslosen Freiwilligenverbände. Zum Schluß sagte Eichhorn, daß die Arbeiter sich auch durch einen scheinbaren Erfolg der Sozialrevolution nicht abhaken lassen würden, die tausendfältige Diktatur, die die bestehende Klasse über die Arbeiter verhängt hat, zu brechen. Das Proletariat werde nicht eher ruhen, bis der Sozialismus durchgeführt und damit Not, Unterdrückung und Unfreiheit dauernd aus der Welt geschaffen sei.

Nach den Ausführungen des Genossen Eichhorn mußte sich das Haus vertagen, da es selbst bei diesem für das Proletariat so wichtigen Beratungsgegenstand nicht beschlußfähig war.

Sie mißbilligen!

Halbamtlich wird mitgeteilt: Das Kabinett beschäftigte sich mit dem Telegramm, das der bisherige Truppenbefehlshaber im Baltikum Graf von der Goltz an den russischen Führer Vermondt geschickt hat. Die Reichsregierung mißbilligt dieses ihrer Politik gänzlich zuwiderlaufende Telegramm auf das Schärfste und sieht von einem Verfahren gegen den General, der seit gestern in Berlin weilt, nur wegen des Umstandes ab, weil dieser bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht hat.

Es ist absolut nicht einzusehen, weshalb das Abschiedsgesuch des Grafen Goltz ihn vor der Eröffnung eines Verfahrens wegen seiner verhängnisvollen Politik im Baltikum schützen soll. Das deutsche Volk hat vielmehr das größte Interesse daran, daß durch Einleitung dieses Verfahrens endlich die dunklen Treibereien der „Aurländkämpfer“ vor Ge-

richt aufgeföhrt werden sollen. Die kendenläche „Wirtung“ des Kabinetts und ihre ewangelische Milde gegenüber dem Grafen Goltz wirken wie eine Prämie für abenteuernde Militärs, die kein Bedenken tragen, die Interessen des ganzen Landes ihren raubgierigen Plänen zum Opfer zu bringen.

Die arbeitserfreundliche Regierung.

Wie wir erfahren, ist die Verhaftung der Arbeiterratsmitglieder Sglt, Radl und Kugner auf Beschluß des Reichskabinetts erfolgt. Aber die Kurzschichtigkeit und unbedenklichen Maßnahmen der Regierung hängen sich. Trohdem Roske zugesichert hatte, daß bei der Wiederaufnahme der Arbeit der Maschinenisten und Seizer die „Technische Nothilfe“ sofort zurückgezogen werden solle, leistet die „Technische Nothilfe“ nach wie vor Streifarbeit. Auf die Beschwerde, die die Vertreter des Metallarbeiterverbandes daraufhin bei den Regierungsstellen vorbrachten, wurde ihnen von Herrn Ministerialdirektor Franz Krüger, dem Vorsitzenden der Bezirksorganisation Groß-Berlin der U. S. P., erwidert: „Die drei Arbeiterräte werden nicht eher entlassen, die „Technische Nothilfe“ wird nicht eher zurückgezogen, bis die Maschinenisten und Seizer die Arbeit wieder voll aufgenommen haben.“

Also: Roske bestimmt, daß kein Streikverbot hinsichtlich der „Technischen Nothilfe“ zurückgezogen werden soll, wenn die Seizer und Maschinenisten die Arbeit in den lebensnotwendigen Betrieben wieder aufnehmen. Das ist geschehen. Und nun erklärt Herr Krüger als Beauftragter der Regierung, daß die „Technische Nothilfe“ nicht zurückgezogen wird. So desavouieren sich die rechtssozialistischen Ministerkollagen.

Daß auch die Militärs wieder auf dem Plan erscheinen, ist zur völligen Abrundung des Bildes notwendig. So soll General Mörker in Zschernowich den ausländischen Elektricitätsarbeitern gedroht haben: „Falls sie nicht die Arbeit wieder aufnehmen, wird sofort der Arbeitszwang eingeführt. Ich erinnere an den in Rheinland-Westfalen eingeführten Arbeitszwang.“

Die Unfähigkeit der Regierung hat sich bei dem Metallarbeiterstreik wieder glänzend offenbart. Statt kluger Vermittlung greift sie mit Streikverboten, Verhaftungen, Aufforderung zum Streikbruch ein. Wie schnell doch die ehemaligen Arbeiter zur arbeitserfreundlichen Politik der kapitalistischen Bourgeoisie zurückgefunden haben.

Gegen Arbeitsgemeinschaft und Belagerungszustand!

Die Sonnabendtagung des Metallarbeiterverbandes.

Stuttgart, 18. Oktober.

Die Sonnabendtagung brachte ein Referat von Bernick über die Arbeitsgemeinschaft und die zukünftigen Aufgaben der Organisation. Bernick erklärte, daß der Vorstand mit den Unternehmern bereits eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen habe. Die Entscheidung müsse annehmen die Generalversammlung treffen. Die Arbeitsgemeinschaft sei die logische Fortsetzung der Gewerkschaftstätigkeit vor dem Kriege. Zum Wiederaufbau der zusammengebrochenen deutschen Volkswirtschaft müssen alle Kräfte zusammengefaßt werden. Es sei ein Irrtum, wenn man annehme, daß die Arbeitsgemeinschaft durch ein anderes System, durch das Räte-system, aus dem Glend herauskäme. Es sei nicht richtig, wenn behauptet werde, diese Arbeitsgemeinschaft verhinere den Klassenkampf. Sie sei vielmehr ein Mittel, die gegenwärtigen Kämpfe durchzuführen. Die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit den Räten gemacht haben, ließen nicht den Schluß zu, daß die Räte als Vertreter der Arbeiter gelten könnten. Beide Richtungen des Verbandes müßten sich auf gemeinsamen Wegen treffen, sonst wäre der Verband zerstückelt.

Richard Müller (Berlin) stellt an die Spitze seines Referats die Frage, wie das deutsche Volk aus dem jetzigen Glend herausgebracht werden könne. Der Vorstand habe ebenfalls die Forderung des Unternehmensgewinns und den Aufbau der Wirtschaft auf anderer Grundlage als bisher verlangt. Die Lösung dieser Aufgabe sei eine politische Machfrage, die nur durch Kampf entschieden werden könne. Der Verband sei bisher eingestell gewesen, die Lebenshaltung in der kapitalistischen Produktion zu verbessern, jetzt aber müsse die Organisation von Grund auf umgestellt werden. Wenn die Gewerkschaften mit den Unternehmern in ein schiedlich-friedliches Verhältnis getreten, dann entleeren sie sich selbst des Klassenkampfcharakters. Die Arbeitsgemeinschaft solle die Klassengegenstände ausgleichen und schlichten. Es könne aber keinen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit geben.

Müller zeigte scharf umrissen die Gewerkschaftspolitik der Verbände, die nur die Unternehmerinteressen schütze. Die ganze Politik des Vorstandes und der Regierung trage antisozialistischen Charakter. Wohl müßten die Gewerkschaften mit den Unternehmern verhandeln, aber nur soweit, als dadurch der Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften nicht verloren gehe. Die Hand- und Kopfarbeiter der gesamten Metallindustrie müßten zu einem einheitlichen Industrieverband zusammengefaßt werden. Es sei falsch, anzunehmen, daß die Umwidmung zum Sozialismus lange auf sich warten lasse. Die wirtschaftlichen Verhältnisse drängen vielmehr zu einem scharfen Tempo der Entwicklung. In diesem Zusammenhang kritisierte der Redner das neue Streikverbot Roskes. Auch mit solchen Mitteln werde es nicht möglich sein, den Kapitalismus wieder aufzurichten.

Müller legte eine Resolution vor, die den Umbau der Organisation zu einer Kampfsorganisation ausdrückt. Charakteristisch ist, als von Quas und seinen Freunden eine Resolution vorgelegt wurde, die ebenfalls ausdrückt, daß sich die Gewerkschaften politisch im sozialistischen Sinne betätigen müssen. Damit ist die Lehre von der politischen Neutralität der Gewerkschaften von ihren bisherigen Vertretern aufgegeben worden. Bernick hielt aber auch in seinem Schlusswort an der gewerkschaftlichen Neutralität fest.

Nach der Ausfrage wurde die Resolution Müllers in namenhafter Abstimmung mit 191 gegen 124 Stimmen angenommen, ebenso die Resolution von Dismann, die die Generalkommissionen nicht zu veranlassen soll.

Am Schluß der Abendtagung kam es noch zu einem kritischen Austritt, weil sich das Verbandsmitglied Marx aus Dresden gegen einen Antrag auf Anhebung des Belagerungszustandes für Sachsen wandte, mit der Begründung Spacialisten und Unabhängige läte ein Solches die Besamlungen geföhrt. Die Mehrheit der Generalversammlung ungr-

*) Siehe auch „Freiheit“ Nr. 423: „Einheit oder Dreiteilung der Internationale!“

drach Marx durch lebhafteste Pluraste, als Diekmann (Reichstg) schickte, daß die Generalversammlung den Marx t. effisch abstrakt habe, er hob die Gratulation Haas tumultuarischen Lärm. Schließlich wurde von der Generalversammlung ein Antrag angenommen, der die Aufhebung des Belagerungszustandes für ganz Deutschland fordert. Die Gratulation Haas enthielt sich dabei der Abstimmung.

Die Generalversammlung, die heute zu Ende gehen sollte, tagt auch noch am Sonntag. Möglicherweise wird sie auch noch am Montag einige Stunden tagen müssen.

Die Meister und der Schüler.

Das Lob, das Herr Noske in der Nationalversammlung für seine Rede über den Berliner Metallarbeiterstreik gesendet bekam, findet auch in der schwerindustriellen Presse seinen freundlichen Widerhall. Das berichtigte Blatt der Scharfmacher, die „Post“, schreibt über seine Rede:

Die Ausführungen, die der Reichswehrminister Noske am Donnerstag in der Nationalversammlung über den Streik und insbesondere gegen die Unabhängigen gemacht hat, wirkten geradezu erfrischend. Noske hat kein Blatt vor den Mund genommen, er ist selbst der Fieseln die Antwort nicht schuldig geblieben, und das allein verlangt schon einen ganzen Mann. Jeder einzelne, der jetzt noch den Versuch macht, auf eine Rahmlegung lebenswichtiger Betriebe hinzuwirken, wird sofort hingerichtet und nie gelassen. Das glaube ich dem Schutz der Bevölkerung schuldig zu sein.

Das Klang nach etwas. Das war eine Sache. Aber mit Herrn Noskes Energie geht es wie mit der Antriebskraft beim Auto: Sie ist schwer in Gang zu bringen und verliert gleich wieder, wenn nicht mit aller Kraft angepöbelt wird. Nachmittags um drei Uhr donnerte Herr Noske. Abends um acht Uhr regnete es ihm in die Bude. Da erschienen Vertreter der Fäuscher-Kommission und der Gewerkschaftskommission, die sogenannten „Zusatz“. Es kann nicht so bleiben! Und am Ende der Unterredung war auch der Reichswehrminister mit seinem Latein zu Ende. Er mußte eine Erklärung abgeben, daß er seine Verzögerung sofort zurückziehen werde, sobald die Maschinen und Heizer die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben wieder aufgenommen hätten. Sogar die Rothhilfe zurückzugeben mußte er versprechen.

Die Schwerindustriellen sind also mit Noske zufrieden, aber noch nicht ganz. Das Scharfmacherblatt ermahnt ihn deshalb, doch mehr Festigkeit zu zeigen. Diese Mahnung wird bei Noske sicher die erwünschte Wirkung zeitigen. Er hat von den Meistern der Scharfmacherkunst schon so viel gelernt, daß er den kleinen Vorbrüngen, den diese einstweilen noch inne haben, schnell nachgeholt haben wird.

Kartoffeln, Landrat und Soldaten.

Aus Schmalkalden wird uns geschrieben:

Wegen andauernd mangelhafter Kartoffelversorgung und Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Produzenten, herrschte in Stadt und Landkreis Schmalkalden seit einiger Zeit große Aufregung. Die Vertrauensleute der Partei und der Betriebe beschloßen daher eine Demonstration, um daran anschließend auf dem Landratsamt ihre Forderungen anzubringen. Ein mehr als 1200 Personen starker Zug bewegte sich am Dienstag früh nach dem Rathaus, wo gerade eine Sitzung des Kreisratstag stattfand. Drei Tage zuvor war auf Weisung des Ministers ein neuer stellvertretender Landrat in der Person des rechtssozialistischen Genossen Schäfers und Mitglieds der Landesversammlung Schubert an Stelle des zum Landrat gewählten, aber nicht bestätigten Genossen Vogtherr in Schmalkalden eingetroffen.

Eine zur Vertretung der Beschwerden und Forderungen gewählte Kommission wurde beim Betreten des Rathauses von Hunderten nachdrängenden Demonstranten begleitet. Es wurde gefordert: Beschlagnahme der Kartoffeln und deren Ablieferung bei Androhung von Gefängnis und Entziehung der rationierten Lebensmittel, Kartoffelbezug von außerhalb und Lieferung an Unbemittelte auf Kredit.

Nach Darlegung dieser Forderungen verließ die neue Landrat Schubert als Antwort die Erschienenen mit den Begrüßungsworten: „Meine Herren, Ihnen fehlt sehr viel an gewerkschaftlicher Disziplin.“ Das war zugleich die Antwort auf die gestellten Forderungen. Die Erregung der Menge wuchs immer mehr, als Herr Schubert fortfuhr unter spöttischem Lächeln seine gute Erziehung zu betonen und die Anwesenden wie Schulbuben zu behandeln. Es kam infolge dieser Unhöflichkeit zu größter Erregung und zu einigen Tätlichkeiten, dazwischen hörte man viele Rufe. Schubert möge eiligst verschwinden, man wolle ihn nicht zum Landrat, sondern Vogtherr. Nach Beratung des Kreisratstages mußte Herr Schubert schließlich auf dem Marktplatz die Erfüllung der gestellten Forderungen versprechen und bald zeigte die Stadt wieder das alte friedliche Bild.

Aber Herr Schubert und sein Schützengel seine scheinen die Dinge in Schmalkalden auf die Spitze treiben zu wollen. Am Freitag früh sind auf Anforderung hin von Coburg aus die 1. Kompanie des dortigen Infanterie-Bataillons und eine halbe Maschinengewehrkompagnie in Schmalkalden eingetroffen. Wider Recht und Gesetz haben sie unsere Genossen Dieckhoff und Happenheim aus dem Bett heraus verhaftet. Die darauf inderufen, nach Tausenden zählende Versammlung beschloß einstimmig, in den Generalstreik einzutreten und forderte die sofortige Freilassung der Verhafteten und sofortige Abberufung der Truppen sowie des stellvertretenden Landrats, durch dessen Auftreten die friedliche Bevölkerung des Kreises Schmalkalden auf das äußerste gereizt wurde. Der Einzug der Nosketruppen geschah auf Verlangen der Reichssozialisten, die im Kreise Schmalkalden kaum ein Widerwärtiges Maßstab nachmessen können und durch diese Provokation ihre Position verbessern wollen.

Das „Berliner Tageblatt“, das über den Einzug der Nosketruppen einen Bericht bringt, erlaubt sich bei dieser Gelegenheit, von dem „berühmten Vogtherr“ zu sprechen. Wenn wir das Wort berühmt in seinem wirklichen Sinne anwenden wollten, könnten wir gerade aus den Kreisen der Tagesblatredakteure eine ganze Reihe von Personen damit kennzeichnen.

Das Verbot der „Freien Jugend“.

Noskes unwahrer Rechtfertigungsversuch.

Seit Mitte August ist die „Freie Jugend“, die neue Jugendzeitschrift der U. S. P. D., verboten. Schon vor einigen Wochen hatte Genosse Daake gegen das Verbot einen Protest eingereicht. Dieser Protest blieb ohne Antwort, anwachsend weil man einen Grund für das Verbot erst finden mußte. Erst als am Freitag Genossin Riech in der Nationalversammlung das Verbot der „Freien Jugend“ scharf geißelte, erwiderte Noske, daß die Zeitschrift auf ihrem Titelblatt in großen Lettern die Aufschrift getragen habe:

„Der Staat als Mörder.“ Am selben Tage wurde auch Haases Protest endlich beantwortet. In dieser Antwort begründet Noske das Verbot wie folgt:

„Ich beabsichtige nicht, mein Verbot der „Freien Jugend“ aufzuheben. Wenn der Herr Abgeordnete Haase eine Zeitschrift, die in einer einseitigen Ueberschrift den Staat als Mörder bezeichnet, als ungefährlich für die öffentliche Sicherheit des Reiches hinstellt, so erlaube ich mir daraus, daß seine Ansicht über den Einfluß gemeingefährlicher Speereien auf die Ruhe des öffentlichen Lebens erheblich von meiner Auffassung abweicht.“

Auch in der schriftlichen Antwort wird also als Verbotgrund angeführt, daß die Zeitschrift in einer einseitigen Ueberschrift den „Staat als Mörder“ bezeichnet habe.

Das ist eine glatte Unwahrheit. In den bis zum Verbot erschienenen vier Nummern der „Freien Jugend“ ist weder in einer Ueberschrift, noch in einer Uebersicht, noch im gesamten Inhalt eine Stelle zu finden, die wörtlich oder auch nur dem Sinne nach eine ähnliche Wendung enthält, wie sie Noske mündlich und schriftlich zur Rechtfertigung des Verbots anführt.

Wir stellen fest, daß die mündliche und schriftliche Rechtfertigung des Verbots jeder Begründung entbehrt. Das Verbot ist völlig willkürlich verhängt, weil die Aufklärungsarbeit einer unabhängigen Zeitschrift unter der Jugend den militaristischen Absichten Noskes unbenommen ist.

Die Frankfurter Eisenbahnbewegung.

Die Demonstration der Frankfurter Eisenbahner hat die gesamte bürgerliche Presse auf den Plan gerufen, die die wüstenste Lügennachrichten über die Demonstration und den Verlauf der Verhandlungen mit dem Eisenbahndirektionspräsidenten Dr. Stapp verbreitet. Aber auch das Wolff-Bureau versendet nur einen Bericht, der alle Unwahrheiten der bürgerlichen Presse enthält.

Demgegenüber erklärt der Verkehrsbeschütz unter Berufung auf die bei den Verhandlungen anwesenden Direktionsmitglieder, Oberleutnant Straßburg, Assessor Dr. Oehren, Oberleutnant Diefgang u. a., daß die Verhandlungen mit dem Präsidenten in durchaus ruhiger Weise vor sich gegangen sind. Der Präsident ist in keiner Weise mit Angriffen auf sein Leben bedroht worden. Etwa 100 bis 150 erregte Personen, die in das Eisenbahndirektionsgebäude eindrangen, wurden von den Führern am Vordringen verhindert.

Die Regierung läßt nun, entgegen allem früheren, in ansehnlicher Abendausgabe veröffentlichten Entschluß, die Nachricht verbreiten, daß sie zu der eigentlichen Forderung des Verkehrsbeschützes, an den Präsidenten Mitglieder heranzuziehen und mitbestimmend teilzunehmen, bisher nicht Stellung genommen habe. Sie werde dies erst tun, wenn in öffentlicher Versammlung die Absetzung der Beamten widerrufen ist und der Verkehrsbeschütz seine Verurteilung gegen den Agitations-Eisenbahnbewerber formell zurücknimmt.

So hat also die Regierung wieder nach demüßigtem Einlenken den Rückzug angetreten.

Keine Maßregelung der städtischen Hilfskräfte.

Der Magistrat Berlin teilt mit: Um die Versorgungs- zu zerkleinern, die in den Kreisen der Hilfskräfte aufgetreten sind, als ob diejenigen Hilfskräfte, welche Mitglieder der Angestelltenvereine gewesen sind, von der Wiedereinstellung ausgeschlossen werden sollten, hat der Magistrat eine Anordnungsverordnung erlassen, wonach bezüglich der Einstellung derjenigen Hilfskräfte, welche Angestellte Mitglieder gewesen sind, entgegenkommend verfahren werden soll. Insbesondere wird die Annahme zurückgewiesen, als ob die Wiedereinstellungsaktion der im Streit gewesenen Hilfskräfte dazu benutzt werden dürfe, den bisherigen Mitgliedern von Angestelltenvereinen wegen dieser ihrer Eigenschaft Benachteiligung bei der Einstellung zuzuteil werden zu lassen. Fälle, in denen sich der Ausführung dieser Grundföhe Schwierigkeiten entgegenstellen, sollen einer Bescheidungskommission des Magistrats zur Entscheidung vorgelegt werden.

Ausschluß zweier sozialistischer Abgeordneter.

Versailles, 18. Oktober.

Die sozialistischen Abgeordneten Mauger und Leconte wurden laut Beschluß des Verwaltungsrats der sozialistischen Partei gestern, weil sie für die Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles gestimmt hatten, aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen.

Diese Nachricht zeigt mit erschütternder Klarheit, in wie starkem Maße sich unsere französische Bruderpartei ihrer internationalen Pflichten bewußt ist und wie fest die Partei auf dem Boden steht, den sie seit ihrem letzten Parteitag angenommen hat.

Die Lage Petersburgs.

Amsterdam, 18. Oktober.

Nach einer dem Reutersbureau aus Helsinki zugangenen amtlichen Meldung hat die russische Nordarmee Arasaja Gorka und Jaroske Selsa eingenommen.

Neben der vorstehenden Nachricht wird eine Reihe von Meldungen über den angeblichen Einmarsch Judenitsh's in Petersburg verbreitet. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt aber nicht vor.

Die Gefangenentrüflehr.

Die Transporte aus den englischen Lagern.

Berlin, 18. Oktober.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Nach einer inoffiziellen mündlichen Meldung der englischen Waffenstillstandskommission an den Chef der Unterkommission für Kriegsgefangene bei der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf werden die Transporte der deutschen Kriegsgefangenen aus den englischen Lagern in Nordfrankreich und Flandern am 20. Oktober beendet sein. Vom 22. Oktober ab werden etwa 18 Tage lang tägliche Transporte in Stärke von 2000 Mann aus den in England befindlichen Lagern über Dover-Calais einreisen und nach Deutschland weitergeleitet werden.

Deutsche Nationalversammlung.

Sonnabend, den 18. Oktober 1919.

Am Regierungstisch Schilde.

Das Haus ist ganz schwach besetzt.

Das Reichsarbeitsministerium.

Die Aussprache über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Müller-Potsdam (Rechtsoz.): Das Betriebsrätegesetz läßt allzulange auf sich warten. Wir werden darauf sehen, daß der Eintritt der Demokraten in die Regierung keine Verschärfung des Gesetzes zur Folge hat. Von einer zwangsweisen Ablösung der Invalidenrenten bis zu 25 Prozent raten wir ab. Man soll wie bei den Unfallrenten den Rentenempfängern die Freiheit lassen zu erklären, ob sie sich abfertigen lassen wollen und nicht zwangsweise ablösen. Die Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung ist notwendig.

Abg. Tremmel (Zentr.): Eine der wichtigsten Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums ist die Schaffung eines Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenrechts. Dem Reichsarbeitsministerium müssen zur Bekämpfung des Terrors wirksame Mittel zur Verfügung gestellt werden. Bücher und Schleichhandel muß energisch bekämpft werden.

Abg. von Gierke (Dnat. Sp.): Das Arbeitsministerium soll kein Ministerium für die Arbeiter, sondern für die Arbeit sein. Früher arbeitete man langsam, aber sicher. Heute geht man den schwersten Problemen mit Ueberhürzung zu. Welche Pläne hat das Reichsarbeitsministerium zur Förderung der Arbeitnahme? Die Schulpflicht muß auf das 16. Lebensjahr ausgedehnt werden, der Versuch des Fortbildungserwerbs für Jugendliche beiderlei Geschlechts obligatorisch sein. Das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben darf nicht zum Mißregierungsrecht werden.

Reichsarbeitsminister Schilde: Die sozialistische Regierung kann nicht so leicht das gut machen, was fünf Jahre vorüber haben. Bei der Neuordnung des Arbeitsrechts wird ein Ausschuß zur Vorbereitung der Vorlage gebildet, zu dem sachverständige Mitarbeiter herangezogen werden sollen. Einzelne Materien müssen aber vorher genommen werden: Die Einrichtung von Arbeitsnachweisen, die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsverflechtung. Eine Reichszentrale für Arbeitsvermittlung muß schleunigst in Gang gesetzt werden. Die Erwerbslosenunterstützung kann nur durch eine strenge Kontrolle abgebaut werden, aber gleichzeitig müssen Einzelstaaten und Gemeinden viel mehr für die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten sorgen. Es ist beabsichtigt, Winterarbeiten für besonders bedürftige Arbeitslose für die Monate November bis März einschließlich zu gewähren. Ich bekämpfe jeden Terror, doch steht mir leider keine Uferlatze zu. Ein Neuaufbau des Schlichtungswesens ist in seinem ersten Entwurf fertig und wird der Versammlung in nächster Zeit vorgelegt werden. Die Wahrung des Koalitionsrechts muß den Betriebsräten überwiesen werden. Für die Tarifverträge müssen künftig Lebenshaltung und Lohnstatistik die Grundlage bilden. Eine umfassende Revision der Reichsversicherungsordnung ist vorgesehen. Die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge ist Aufgabe des Reichs unter Mithilfe der Länder. Der alte Organisationskörper muß durch sozialen Welt belebt werden. Dringend nötig ist die Neuordnung des Versorgungswezens für Offiziere und Mannschaften, Hinterbliebenen usw. Die Frauennarbeit muß im Interesse der Gesundheit und Bevölkerungspolitik neu geregelt werden.

Am 18. Uhr erteilt Präsident Fehrenbach dem Abg. Eichhorn (U. Soz.), dem früheren Vizepräsidenten, das Wort. Darauf verlassen die wenigen im Saal anwesenden Abgeordneten mit dem Minister (1) und seinen Geheimräten den Saal. Im Sitzungssaal verbleiben nur noch sechs unabhängige Abgeordnete, zwei Regierungskommissare, und der rechtssozialistische Vizepräsident Loh.

Abg. Eichhorn (U. Soz.): Ich weiß nicht, aus welchen Gründen man den Saal verläßt. Wenn das ein Protest gegen meine Person sein soll, so ist das eine sehr kindische Maßregel. (Zurufe der U. Soz.: Arbeit, Dummheit!) Ich rede nun zu meinen Parteigenossen und zur breiten Öffentlichkeit. Will man Protest erheben gegen meine Tätigkeit als Berliner Vizepräsident, so stelle ich fest, daß ich um meine Pflicht als revolutionärer Arbeiter getan habe. Die Verleumdungen und Beschlüßigungen, die man mir nachgesagt hat, und die durch die Kluch aus dem Hause unterstrichen werden sollen, sind erbärmliche Lügen und werden nicht zur Wahrheit dadurch, daß man sie von der Presse tribüne aus durch Zwischenrufe unterstreicht, was der Präsident absichtlich überhört. Präsident Fehrenbach verbitte sich entschieden diese Bemerkung.

Abg. Eichhorn (U. Soz.): Die heutige Regierungspolitik ist darauf eingerichtet, die Kapitalistenherrschaft zu stärken. Herr Minister Schilde hat es auch für angebracht gehalten, sich zu erntern, er hat mich damit beleidigt, und da ich Abgeordneter bin, auch das Parlament. Er war einmal Arbeiter und stand an der Spitze einer großen Arbeiterorganisation, aber er ist darin unmöglich gewesen und mußte den Vorsitz abgeben. Jetzt ist er Minister in einem bürgerlich kapitalistischen Massenstaat.

Es wird noch so weit kommen, daß jeder Streik verboten wird. Angesichts der Verhältnisse, unter denen ich hier spreche, will ich darauf verzichten, auf alle Einzelheiten des Saal einzugehen, aber die ich mir vorgenommen hatte zu sprechen. Der Redner behandelt im besonderen den Achtundtag und das Problem der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeiter werden sich nicht zu geistigen Dilettanten machen lassen.

Abg. Henke (U. Soz.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Weiterlekt.)

Montag, 1. Uhr, Weiterberatung Reichsfinanzministerium.

Aus aller Welt.

Schneefall in Thüringen.

Oberhof (Thüringen), 16. Oktober.

Den ganzen Tag über dauerte kräftiger Schneefall. Der ganze Gebirge ist in Weiß gehüllt. Nach der „Schmide“ um dem „Schneefall“ mußte der Wagenverkehr eingestellt werden da der Schnee teilweise 25 Zent. hoch liegt.

Oberhof, 17. Oktober.

Heute nacht ist der Schneefall noch stärker geworden. Der Schnee ist überall liegen geblieben.

U. S. P. D.

Taschenkalender 1920

Reicher Inhalt — Gute Ausstattung
Handliches Taschenformat — Solide

gebunden 2 Mk.

Zu beziehen durch die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin NW 6
Auch durch unsere Filialexpeditoren

Partei und Jugend.

Von Gg. Engelbert Graf.*)

In der freien sozialistischen Jugend hat sich die proletarische Jugend eine selbständige Organisation geschaffen. Der Stolz und die Kraft dieser Organisation war bisher ihre Einheitslichkeit, ihre Geschlossenheit. Die Geschlossenheit der Organisation ist heute in Gefahr. Weil die Jugendbewegung als solche in Gefahr ist. Weil die organisierte Jugendbewegung im Begriff steht, in eine jungsozialistische oder vielmehr jungkommunistische Parteiorganisation verwandelt zu werden; eine Parteiorganisation, die auf die intellektuelle Natur der „Kulturkrieger“, die nicht mehr jugendlich, sondern nur noch parteipolitisch orientiert sind, für die die eigentliche Jugend nur leicht lenkbareer Vorspann ist. Sprechen wir es offen aus: es ist Demagogentum (nehmen wir sogar an: unbewusstes Demagogentum), das mit überredlichen Schlagworten und Appellen an die niederen Instinkte zur Spaltung in der Jugendbewegung treibt. Die eigene innere Unfruchtbarkeit, unfähig zu positivem Schaffen, zwingt zur unfruchtbareren, rein negativen Polemik, zwingt, launhaft eine Organisation sich zusammenzuschließen hat, zur Gründung einer Gegenorganisation, um einen Anlaß zur Polemik zu haben.

Das Schlagwort „Kommunismus“ gibt den Spaltplatz ab. Die Namensänderung in „Freie kommunistische Jugend“, für die überall im Land agitiert wird, bedeutet den Anfang der Spaltung. Es ist einfach eine Wortklauberei, ein dialektischer Trick, zu sagen, damit sei eine Anlehnung an die kommunistische Partei nicht ausgeschlossen. Warum denn diese innere Unwahrscheinlichkeit, die man mit einem „Goldes den Dieb!“ vergeblich zu demanteln sucht? Die Führer dieser „Bewegung“ mögen doch offen aussprechen, daß sie im kommunistischen Partei-Kielwasser treiben. Kein Zweifel, es wird wieder Parteipolitik in die Jugendbewegung hineingetragen werden, Erwachsenenalter mit seiner Schamhaftigkeit, seiner Schwermut, seiner Unjugendlichkeit. Solange das dauert, wird jede „Aktionskraft der Jugend gelähmt sein“; ein Rückschlag der gesamten proletarischen Jugendbewegung ist dann unausbleiblich.

Es fragt sich nun, wie die Stellung der Partei zur Jugendbewegung und zur Jugendorganisation sein soll.

Es muß noch einmal betont werden: Jugendbewegung als Parteivorläufer ist ein Unding. Jugend ist kein festumhüllter Vorhof vor dem Parteigebäude der Erwachsenen; Jugend ist ein Weg, der in das Gebäude hinein, aber unter Umständen auch an dem Gebäude vorbei oder durch das Gebäude hindurch führt. In die Angelegenheiten der Jugendorganisation sollen sich die Erwachsenen nicht einmischen; in Organisation und Verwaltung muß die Jugend völlig autonom sein. In materieller Beziehung wird die proletarische Jugend ohne die Hilfe einer Partei oft nicht auskommen. Diese Hilfe muß aber stets völlig vorbehaltlos gewährt werden, ohne jede parteipolitische Bedingung oder Bindung. Die Jugend darf nicht abhängig sein von der Partei. Die Partei ist sozusagen nur Aufnahmestelle für gelegentliche Unterstützung oder auch für den Witzzug; ihre Jugendbewegung darf keine Spekulation sein, mit dem Hintergedanken: tausend Mark jede ich in das Geschäft, um zehntausend davon zu verdienen.

Als freiwilliger Anwalt der Jugend muß die Partei an allen maßgebenden Stellen zunächst für die Gegenwartsforderungen der Jugend sich einsetzen; für eine Umgestaltung der Schule und des Lehrlingswesens, für die Anpassung der sozialen Schutzbestimmungen an die besonderen Verhältnisse der Jugend, für die Einrichtung von besonderen Anstalten für das Wohl der arbeitenden Jugend, z. B. Jugendheime, Wanderherbergen u. dgl., muß sie an allen maßgebenden Stellen bei jeder nur sich bietenden Gelegenheit eintreten. Mit ihren reichen Mitteln — an Kräften und Geld — kann sie der Jugend, und sogar ganz vorbehaltlos,

*) Aus der soeben erschienenen Broschüre: Gg. Engelbert Graf, „Jugendliche und Erwachsene in der proletarischen Jugendbewegung“. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin. 28 Seiten. Preis 0,60 M.

eine Reihe von Bildungsmöglichkeiten eröffnen; sie sorgt für Lehrer, sie hatet Jugendheime mit Inventar und Büchereien aus; sie gibt der Jugend eine Zeitschrift, eine Plattform, auf der sich auch die Jugend literarisch tummeln kann.

Das ist der Sinn unserer von einem Teil der Jugend hochgehaltenen, vielgelesenen und doch, wenn auch nur widerwillig, anerkannten Zeitschrift „Freie Jugend“; (Die „Freie Jugend“ ist augenblicklich aus „Sicherheitsgründen“ von Post verboten); sie will nicht die Jugendbewegung beherrschen, sie will ebensomöglich eine besondere Jugendbewegung ins Leben rufen; sie will ihr nur an einem Ende, in Fragen der Erkenntnis, der Weiterbildung und der Erziehung, in sozialistischem Sinne ohne alles Eingehen auf Parteipolitik und Parteipolemik dienen.

Ihre Organisation, die Form ihrer Gemeinschaft muß sich die Jugend selbst geben, sie muß selbst bestimmen können, welche Wege sie geht, in welcher Gliederung sie marschiert. Weder eine Parteileitung, noch irgendeine Parteinstanz darf ihr darin irgendwelche Vorschriften machen. Eine Beratung und eine Hilfe in ihrer geistigen und erzieherischen Ausbildung durch Erwachsene wird die proletarische Jugend aber um so weniger ablehnen, als sie sich dessen wohl bewußt ist, daß sie in dieser Hinsicht der Zeitung bedarf. Gerade infolge der widrigen Umstände, unter denen sie aufwächst, hängt von der Person und von der Fähigkeit ihrer erwachsenen Helfer und Berater besonders viel ab. Nicht immer werden sie schon aus der proletarischen Jugendbewegung selbst herbeigekommen sein. Das mahnt zu besonderer Vorsicht bei ihrer Auswahl. Es ist gefährlich, Jugendvertrauensleute, die im täglichen und unmittelbaren Umgang mit der Jugend stehen sollen, in einem Kreise von Erwachsenen zu wählen; und sie dann der Jugend zu präsentieren; am erstrebenswerteren wäre es, wenn nicht auf dem Wege der Wahl, sondern durch freiwillige Meldung solcher, die sich berufen können, die geeigneten Personen sich finden lassen. Auf solche Weise wird das kameradschaftliche Band zwischen Erwachsenen und Jugendlichen sich am ehesten knüpfen lassen.

Wenn irgend möglich, sollten Parteipolitiker — und vor allem Parteipolemiker — der Jugendbewegung fernbleiben. Schon um des Eindrucks nach außen willen; ganz abgesehen davon, daß das Handwerk ganz unwillkürlich absärbt. Zwei Herren kann man nicht dienen.

Die Fragestellung darf nie lauten: wie gewinnt man die Jugend für die Partei? — sondern stets: wie erzieht man jugendliche Parteimitglieder zu Sozialisten? Man muß sich innerhalb der Partei und innerhalb der Jugendbewegung immer vor Augen halten, daß die Partei nur ein Mittel ist, aber kein Ziel, daß sie, auch erzieherisch, keinen Abschluß, sondern lediglich einen Anfang darstellt. Auch der Sozialismus ist ja letzten Endes nur ein Mittel, und das Ziel heißt: Befreiung der Ausbeutung in der menschlichen Gesellschaft.

Jugendvertrauensleute können Führer der Jugend werden. Dazu gehört aber nicht allein das Vertrauen der Jugend, sondern auch das Vertrauen zu der Jugend. Und das setzt sehr viel eigenes Kraftbewußtsein, sehr viel Eigenvertrauen voraus. Wer immer nur bei der Jugend beaufsichtigen, wer Augen und Ohren überall haben will, wer gleich Unfug und Schleichheit wittert, wer immer hinterherjammert wie die Henne hinter den dahinschweifenden Enten, der taugt nicht zum Jugendführer. Die Jugend zur Selbstständigkeit erziehen wollen, heißt, die Jugend selbständig handeln lassen. „Lahrt und die Jugend zur Selbstständigkeit erziehen, — mahnt Otto Rühle — damit sie ihre Kräfte und Gaben alle und erprobt, benutzt und frei gebrauchen lernen, damit sie ihren Willen stärke und in die befreiende Tat umzusetzen vermag, wenn es die Not der Stunde gebietet. Fort mit dem Trunde des Autoritätsfanatismus, fort mit den Fesseln pedantischer Gehorsamsforderungen! Selbstständigkeit im Denken, Wollen und Vollbringen! Selbständig sein ist Sozialismus!“ Dazu darf man allerdings nicht kurzschäftig sein und immer nur nach dem Äußerlichen urteilen wollen, und dazu bedarf es eines langen Atems und gefestigter Zukunftsfreudigkeit.

Und dazu bedarf es der Freiheit von jeglichem Schematismus. Gerade in der Jugendbewegung gilt das Wort, daß man nicht neuen Wein in alte Schläuche gießen soll.

Man muß sich immer vor Augen halten, daß Jugendbewegung eben Bewegung ist, und daß die Einrichtungen der Erwachsenen, daß z. B. auch die Parteien in ihrem Wesen und in ihrer Struktur nicht der Weisheit letzter Schluss sind.

Am wichtigsten aber ist, daß jeder Jugend-erzieher ein Vorbild, ein Beispiel sei. Damit wird er am stärksten auf die Jugend wirken. Daran fehlt es bisher am meisten. Wir müßten weniger Sozialismus predigen, wir müßten mehr Sozialisten sein. Sozialismus ist kein fertiges Ding, Sozialismus ist ein Tun, ist ein tätiges, tätiges Beweisen. Jugendleiter, die Sozialisten sind, nicht allein in ihrem Mitgliedsbuch, sondern in ihrem Leben, in ihrem Verhalten, in allen Handlungen, die es sind in aller Wahrheit und Vorbehaltlosigkeit, sie werden mit Begeisterung von der Jugend aufgenommen werden, sie werden ihr Führer und Vorbild sein. Den Sozialismus vorleben, das heißt die Jugend für den Sozialismus gewinnen.

Zum Metallarbeiterstreik.

Sympathieunterstützung.

Der Beamten- und Arbeiter-Ausschuß des Postpostamts hat folgende Entschliessung gefaßt: Dem gegen ein rücksichtsloses sozial rücksichtiges Unternehmertum kämpfenden Metallarbeitern spricht der V. u. A. A. des Postpostamts seine volle Sympathie aus. Er ist sich bewußt, daß dieser Kampf siegreich für die Arbeiterschaft ausgehen muß, damit die alte unwürdige Macht des ausbeutenden Besitzes in Industrie, Handel und im Staate nicht wieder zur Herrschaft kommen kann. Der Sieg der Arbeiterschaft ist darum für die freizeitleiche Entwicklung der Beamten von unerläßlicher Notwendigkeit. Der V. u. A. A. verpflichtet den Metallarbeitern seine Solidarität und bietet die gesamte Beamenschaft, den kämpfenden Arbeitern durch materielle Unterstützung zu Hilfe zu kommen. Er fordert daher insbesondere alle Post- und Telegraphen-Beamten und Beamtinnen, Post- und Telegraphen-Arbeiter, Ausbilder und Ausbilderinnen aus, die von der Berliner Gewerkschaftskommission herausgegebenen Streikmarken „Solidarität“ zum Preise von 1, 5 und 10 Mark zur Unterstützung der Streikenden gegen 2, 64, Bismarckstr. 83-85 oder im Gewerkschaftshaus, Engelplatz 15, abzugeben.

Die am 17. Oktober versammelten gewerblichen Angestellten der Firma Hermann Gerson drückten den streikenden Metallarbeitern ihre herzlichste Sympathie anlässlich ihres schweren Lohnkampfes aus und gelobten, den Kampf nach allen Kräften finanziell und moralisch zu unterstützen.

Die Betriebsversammlung der drei Rodsternversicherungsgesellschaften sprach den in schwerem Kampf um ihre Existenz ringenden Metallarbeitern ihre volle Sympathie aus. Sie erkannte in ihnen die Vorkämpfer des gesamten Proletariats an und versteht die einschneidende Bedeutung ihrer Bestrebungen auch für die ganze arbeitende Bevölkerung zu würdigen. Sie verspricht daher, diese Bestrebungen überall nach Möglichkeit zu unterstützen und fordert alle organisierten Kollegen hierzu auf. Die am nächsten Tage stattgefundene Sammlung ergab einen Betrag von 2661 M. Es ist sehr erfreulich, daß der Solidaritätsgebäude namentlich auch unter den Versicherungsangestellten immer tiefer Wurzeln schlägt.

Achtung, Holzarbeiter!

Auf Grund des Beschlusses der Funktionärerversammlung am Mittwoch, den 15. Oktober, die Metallarbeiter in ihrem Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen, werden die Vertrauensleute ersucht, Streikmarken in den Zahlstellen oder auf dem Bureau zu entnehmen.

Es wird erwartet, daß unsere Kollegen die Metallarbeiter tatkräftig unterstützen.

Bergeht nicht, Kollegen, der Kampf der Metallarbeiter ist auch unser Kampf. Die Ortsverwaltung.

Unterstützung der Metallarbeiter.

Die Vertrauensleute sämtlicher Branchen des Ortsverbandes der Schneiderinnen und Buchbinder Deutschlands Filiale Berlin stimmten einstimmig dem Beschluß der Ortsverwaltung zu, dem Metallarbeiterverband sofort 15 000 M. aus

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germinia zur Rühle.

Jede Preiserhöhung bedeutete ein neues Scheit Holz für das sozialistische Feuer und verließ ihrer Lösung: „Gunter den Krieg aus und füttert Amerika!“ neue Gewalt. Der Sozialist sah, wie Millionen Tonnen Ware auf Dampfer verladen und nach Europa geschifft wurden, um durch den Krieg zerstört zu werden; er sah die Arbeiter Europas durch die Schulden, die sie bei den amerikanischen Scharnhörnern hatten, in Anknüpfung geraten, sah, wie Amerika selbst immer näher und näher an den Abgrund gestoßen wurde. Und all dies mißfiel dem Sozialisten. Er verlangte die Sperre, nicht bloß für Munition, sondern auch für Nahrungsmittel und jegliche Ware, bis die Kriegshorden Europas zur Vernunft kamen. Er forderte die Arbeiter zum Streik auf, um durch diesen die Politiker zur Verhängung der Sperre zu zwingen.

Am lautesten forderte er dies natürlich, wenn er Deutscher, Oesterreicher, Ungar oder Litauer war. Die beiden letzteren waren freilich unterdrückte Nationen, doch vermochten sie in jenen Tagen nur eines zu sehen: daß ihre Väter, Brüder und Söhne durch die Granaten gemordet wurden, deren Hülsen die Empire-Maschinenfabrik herstellte. Zu ihnen hielten auch die Juden, die die russische Regierung über alles hielten, und die Irländer, deren Hauptziel im Leben war, John Bull seine Jahrhunderte alten Verbreden heimzuzahlen, und die sich außerdem aus reiner Freude am Kampf bei jeder Art Kauferei beteiligten. Jimmie Higgins konnte sich gar nicht mehr aus, er hatte viel mit den Katholiken verschiedener Nationen diskutiert, aber als Lohn seiner Bemühungen stets nur harte Worte geriet; nun entdeckte urplötzlich Tom Callahan von der „Buffeteria“ und Pat Crogan von der Kolonialwarenhandlung, daß er, Jimmie Higgins, gar nicht so dumm sei, wie er aussehe.

IV.

Ein Ergebnis dieser Erörterung unter den Arbeitern war die Verdoppelung der Mitglieder der Ortsgruppe; zweimal

die Woche wurden auf einem freien Platz hinter der Hauptstraße Versammlungen abgehalten. Das Erscheinen der Wochenfrist hingegen war noch ungewiß. Genosse Dr. Service hatte seine beiden Schwäger verloren, den einen bei der Schlacht von Mons, den anderen bei dem ersten furchtbaren Gasangriff bei Ypern, wo ganze unvorbereitete Regimenter überrascht und einem entsetzlichen, qualvollen Tode ausgeliefert worden waren. Auch die beiden Bettler seiner Frau hatten den Preis bezahlt, der eine hatte sein Augenlicht verloren, der andere befand sich, vielleicht das allergrößte Übel, als Gefangener in Rußland. So kam es, daß Dr. Service eine letzte empörte Rede hielt und seine fünfhundert Dollar fortnahm, um damit eine Sektion des roten Kreuzes zu gründen.

Die Deutschen und die Kriegsfeinde der Ortsgruppe fragten sich, ob denn der Sozialismus im Reich der Empire-Maschinenfabriken hinstehen dürfe, bloß weil der reiche Gatte einer Engländerin zum Renegaten geworden war. Die Frage beantwortete sich selbst! Sammellisten zirkulierten eifriger denn je, und die Hälfte der verlorenen fünfhundert Dollar war bereits eingekommen, als eines Abends John Weisner mit einer seltsamen Geschichte heimkam.

Er pflegte auf dem Heimweg bei Sandkuhl ein Glas Bier zu trinken. Kam im Gastraum die Rede auf den Krieg, unterließ er es nie, ein wenig Propaganda zu machen. Heute hatte er sich zu einer richtigen Rede aufgeschwungen und verländet, die Arbeiter würden bald diesem Munitionsgeschäft ein Ende bereiten. Nachher war dann ein Mann auf ihn zugekommen, hatte ein Gespräch begonnen und allerlei Fragen gestellt. „Wieviel Mitglieder umfaßt die Ortsgruppe? Wie viele derselben teilen Weisners Ansichten? Was taten sie, um ihre Ansichten zu verwirklichen?“ Der Mann zog Weisner an einen Tisch im Hintergrund, erkundigte sich nach der geplanten Zeitschrift und deren Richtung, sowie nach den Gewerkschaften der Stadt und ihrer Führer.

Der Mann behauptete, Sozialist zu sein, doch wollte Weisner dies nicht recht glauben; er machte eher den Eindruck eines Gewerkschaftsorganisators. Es hieß, verschiedene Gewerkschaften würden versuchen, in das Reich des all-

gemeinlich einzudringen, außerdem gab es die „Unabhängige Arbeitergruppe“ mit ihrem Programm einer einzigen großen Gewerkschaft.

Weisner berichtete, der geheimnisvolle Fremde habe erklärt, er vermöchte Geld zu beschaffen, um einen Streik der Empirearbeiter zu unterstützen. Die neuen Werke sollten demnach in Betrieb gesetzt werden. Es waren bereits Scharen von Arbeitern herbeigeströmt, und dies sei der geeignete Augenblick, den Achtstundentag und einen Minimallohn von sechzig Cents die Stunde zu fordern. Auf diese Art könnte man ein schönes Stück Geld verdienen, und wenn die geplante Wochenfrist „Der Arbeiter“ dieses Vorhaben unterstützen wolle, so läge kein Grund vor, wo- all sie nicht bereits in der nächsten Woche erscheinen und die Stadt mit ihren Exemplaren überschwemmen sollte. Die Hauptsache war die Wahrung des Geheimnisses; Weisner dürfe nur den „durch und durch Roten“ vertrauen, die taubereit waren, und nicht verraten würden, woher das Geld komme. Als Beweis erster Absichten zog der Fremde ein Bündel Banknoten aus der Tasche und drückte Weisner ein halbes Dutzend in die Hand, lauter Zehndollarcheine; sie viel Geld hatte der kleine Kuffner der Glasfabrik noch nie zwischen den Fingern gehalten!

Weisner wies die Scheine vor, und Jimmie rief die Augen auf. Dies war tatsächlich eine neue Seite des Krieges — Zehndollarcheine für sozialistische Propaganda in Hintergrimmern der Schenken zu finden! Wie heißt der Fremde? Wo wohnt er? Weisner schlug Jimmie vor, ihn mit dem Mann bekanntzumachen; sie schlangen hastig ihr Abendessen hinunter und eilten fort.

Jerry Coleman hatte eiliche Wirtschaftler genannt, in denen er zu finden war, und in dem einen trafen sie ihn auch tatsächlich, einen glattgeschägten jungen Burischen, den Jimmie für einen Detektiv oder einen Spitzel gehalten hätte; er kannte diese Art Leute von der „Walze“ her. Der Mann war gut gekleidet und hatte gepflegte Nägel, was sich ein Arbeiter selten leisten kann; doch schien er keineswegs eingebildet und forderte sie auf, ihn bei seinen Vornamen zu nennen.

der Lokalkasse zu überweisen. Ferner wurde beschlossen, dafür zu sorgen, daß die von der Gewerkschafts- und Hünzler-Kommission herausgegebenen Marken von den Unordentlichsten entnommen werden. Dieses schöne Vorbild praktischer Solidarität wird Nachahmung finden.

Achtung! Obleute der im Streik befindlichen Betriebe!

Am Montag, den 21. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in den Sophienkassen eine Besprechung statt.

Rein Straßenbahnerstreik.

Die Alarmnachrichten der bürgerlichen Presse über einen Straßenbahnerstreik entsprechen nicht den Tatsachen. Wie wir erfahren, soll bei der Straßenbahn ebenfalls ein Mitglied des Arbeitsausschusses verhaftet sein. Dieserhalb wurde am Sonnabend von einem Teil der Straßenbahner die Arbeit eingestellt, später aber wieder aufgenommen.

Besonders die „Post“ orakelt über „verbrecherische Versuche, mit Lügen und Drohungen die Straßenbahner in den Streik zu heben.“ Dieses Scharfmäherblatt kennt keine andere Aufgabe, als alle wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse mit wüsten Schimpereien zu beschmutzen. Man läßt es am besten unter sich und seinesgleichen.

Angeblick soll es heute vormittag zu Gewalttätigkeiten Streikender gegen Straßenbahner gekommen sein. Auch hier meldet sich sofort wieder die Regierung. Sie läßt amtlich erklären, daß die Verordnung des Oberkommandierenden in den Marken vom 17. d. M. betreffend besondere Maßnahmen gegen die Bedrohung lebenswichtiger Betriebe noch zu Recht besteht und in allen Fällen zur Anwendung zu bringen ist, in denen der Versuch gemacht wird, lebenswichtige Betriebe zum Stillstand zu bringen. Die zum Schutz der Arbeitswilligen tätigen Posten der Sicherheitspolizei haben Anweisung, überall da, wo sie Vergehen gegen die Streikverordnung vom 17. d. M. feststellen, im Sinne dieser Verordnung vorzugehen.

Also trotz Noskes Zurücknahme des Streikverbots läßt die Regierung verkünden, daß es weiter zu Recht besteht. Wer hat nun eigentlich zu bestimmen in dieser Regierung?

Die Buchdrucker und der Metallarbeiterstreik.

In der gestrigen Versammlung der Vertrauensleute der Berliner Buchdrucker erstattete Albrecht Bericht über die Verhandlungen der Obleute der Zeitungsbetriebe mit der Hünzler-Kommission und der Gewerkschaftskommission. Dadurch, daß die Heizer und Maschinisten den Streik abgebrochen hätten, weil die Metallindustriellen sich zu Verhandlungen mit den Metallarbeitern bereit gefunden haben, sei die Krise beendet und es läge kein Anlaß mehr vor, alles in den Streik einzugreifen. Die anschließende Diskussion war gewöhnlich recht erregt, weil einige Redner sich in phantastischen Ausführungen ergingen, daß versucht worden sei, den Metallarbeiterstreik in politisches Jochwasser zu bringen. Diesen Phantasieprodukten wurde energisch gegenübergetreten, u. a. vom Genossen Kasper vom Buchbinderverband. Es wurde beschlossen, daß von weiteren Maßnahmen abgesehen werden soll, jedoch werden die Buchdrucker sich bei einer neuen Krise der Hünzler-Kommission und der Gewerkschaftskommission zur Verfügung stellen. Ein anderer Antrag forderte sofortige Aufhebung der Streikverbote. Die Gewerkschaften sollen sich dieserhalb mit Noske in Verbindung setzen. Weiter wurde beschlossen, daß die Frage der Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe bei Streik lediglich von der Arbeiterschaft selbst geregelt werden soll. Die bestehende Kommittee sei ganz überflüssig.

„Objektive“ Berichterstattung.

Der „Vorwärts“ brachte in der gestrigen Abendausgabe einen Bericht über die am Sonnabend stattgefundene Versammlung der Vertrauensleute des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Es berührt eigentümlich und es ist sicher nicht auf Zufall zurückzuführen, daß für den „Vorwärts“ Berichterstatter nur Vertrauensleute gesprochen haben, die die Ansicht vertreten, daß der Metallarbeiterstreik ein politischer Streik sei. Aber die Redner, die diesen Ansichten unter dem Vorwand der Versammlung schärfstens entgegengetreten, wozu der Berichterstatter kein Wort zu sagen. Ein Herr Zwitersberg in der Versammlung mitgeteilt, daß ein Mitglied der Hünzler-Kommission die Obleute der Zeitungsbetriebe aufgefordert habe, sofort die Zeitungsbetriebe stillzuliegen. Hier ist dem Berichterstatter bereits ein Hörfehler (vielleicht aus parteipolitischen Gründen) unterlaufen, denn daß es ein Mitglied der Hünzler-Kommission war, das die Obleute zur Stilllegung der Betriebe aufgefordert hat, das behauptete nicht einmal der phantastische Herr Zwitersberg, sondern dieser sagte: ein Gewerkschaftsangehöriger. In dem „Vorwärts“-Bericht ist kein Wort darüber zu finden, daß Zwitersberg von einem anderen Obmann eines Zeitungsbetriebes scharf gegenübergetreten worden war. Dieser Redner stellte fest, daß die Obleute nicht aufgefordert worden seien, die Zeitungsbetriebe stillzuliegen, sondern ein Gewerkschaftsangehöriger (Herrsel) habe sich rein privat mit den Obleuten unterhalten und im Laufe der Unterhaltung gefragt, ob es möglich sei, die Zeitungsbetriebe stillzuliegen. Die ganze Aufmachung des „Vorwärts“-Berichterstatters zeigt, daß der „Vorwärts“ bestrebt ist, genau wie die bürgerliche Presse, den Streik der Metallarbeiter in einen politischen Streik umzuliegen.

Ankündigungen.

H. G. G. Betriebe Hennigsdorf. Montag vormittags 11 Uhr Hartmanns Brauerei, Schannewerstr. 101: Betriebsversammlung. Bericht der Streikleitung.

Glühlampenfabrik Auerlicht. Nach dem Beschluß der Heizer und Maschinisten wird am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Die Streikleitung.

Wiz u. Genest. Montag pünktlich 1 Uhr: Betriebsversammlung. Aufzahlung ufm. im „Schwarzen Adler“, Schönberg, Hauptstr. 12. Vertrauensleute 12 Uhr dort.

Knorrweins, Lindenbergs. Montag nachm. 2 Uhr: Betriebsversammlung im Café Bellevue, Lindenbergs, Hauptstr. 2. Vertrauensleute treffen sich eine Stunde früher.

Dynamowerk Siemens-Schuckert. Aufzahlung am Montag Abtlg. 1-20 von 11-1 Uhr, Abtlg. 21-30 von 1-3 Uhr, Abtlg. 31-41, R. B. II und Konjum von 8-5 Uhr. Sämtliche Kontrollkästen müssen abgeh. werden, Nachzügler können nicht berücksichtigt werden. Die Vertrauensleute müssen um 9 Uhr vorm. im Streiklokal sein.

H. Korff, Tege. Die Kollegen werden ersucht, am Montag von 11 Uhr ab in den bekannten Lokalen ihre Streikunterstützung abzugeben. Gleichzeitlich müssen die Kollegen, welche über drei Wochen im Streik sind, die Kontrollkästen abgeben. Entlassungspapiere sind mitzubringen. Die Betriebsversammlung findet nicht statt. Die Streikleitung.

G. A. Coors, Betriebe! Alle Kollegen, die länger als eine Woche im Streik sind, unterschreiben Dienstag, 10-2 Uhr, die Quittung. Die Listen der Vertrauensleute müssen Montag früh

abgegeben werden. Streiklokal „Lindenpark“, Bichterfelds. Da selbst Stempelkassette.

Callon. Versammlung Montag 2 Uhr im Betrieb.

H. F. A. Werk Oberkasseneide. Am Montag, 20. Oktober, vormittags 10 Uhr, Betriebsversammlung in der Aula Frischensstraße.

Einmwerk, Siemens-Schuckert. Montag, nachmittags 2 Uhr, Betriebsversammlung im Reichert Stadttheater (Krone), Altkönig 47-48. Vertrauensleute eine Stunde früher einfinden. Die erste Unterstufungszahlung muß Montag bis 12 Uhr abgeholt sein. Die zweite Zahlung findet Dienstag für Abteilung 31-120 und Mittwoch für Abteilung 1-30 von 9-3 Uhr im Streiklokal statt.

Reinickendorf. Montag mittag 1 Uhr: Betriebsversammlung der Kollegen von den Messingwerken, Reinickendorf, bei Müller, Reinickendorf, Berliner Straße.

Firma H. Stod, Mariensfelde. Montag früh 8 Uhr Funktionsprüfung, Mariendorf, bei Herold, Scheussstr. 23. Um 9 Uhr: da selbst Betriebsversammlung. Pünktliches Erscheinen erbeten.

Zwitersberg u. Co., Charlottenburg. Kollegen und Kolleginnen. Die Quittungen für die zweite Auszahlung müssen am Montag unterzeichnet werden. Bei Arnswald, Charlottenburger Ufer 64. Der Arbeiter-Nat.

Früh Werner, Mariensfelde. Montag vormittag 10 Uhr Betriebsversammlung im Schwarzen Adler, Mariendorf, Scheussstr. 43. Aufzahlung der Unterstufung. Inorganische und unter 6 Wochen Organische müssen zw. 8 Uhr Antrag auf Unterstufung unbedingt einreichen. Spätere Entzüge werden nicht berücksichtigt. Die Streikleitung.

Bergmannwerk, Rosenhof. Die rufständigen Streikunterstützung ist am Montag von 9-2 Uhr im Streiklokal zu empfangen. Eine spätere Auszahlung findet nicht statt. Die Streikleitung.

Die arbeitslosen Metallarbeiterinnen waren am Freitag nachmittag im Clubhaus versammelt. Nach Entgegennahme eines Berichts über den Metallarbeiterstreik wurden zahlreiche Beschwerden gegen den paritätischen Arbeitsnachweis, insbesondere gegen Herrn Raffe, laut. Es soll der Firma Ranzmaier geklagt worden sein, daß im Arbeitsnachweismaterial die Arbeiterinnen herabzusetzen. Dem Arbeitsnachweis wurde ferner der Vorwurf gemacht, über die streikenden Firmen nicht genügend informiert zu sein. Auch dagegen, daß man bei der Einstellung von Metallarbeiterinnen eine obere Altersgrenze festsetzt, was zu einer unerbötlichen Ausbeutung der Jugendlichen führt, wurde lebhafter Einspruch erhoben. Für die Kommission der arbeitslosen Metallarbeiterinnen wurden Erziehungsmöglichkeiten vorgeschlagen.

Nachwehen des kommunalen Streiks.

Die Bureauhilfskräfte haben gestern früh die Arbeit wieder aufgenommen. Seitens der Magistratsbeamten, die am gestrigen Sonnabend ihren Dienst wieder angetreten haben, wird lebhafteste Klage darüber geführt, daß Maßnahmen der Streikenden durch den Magistrat borgenommen worden sind. So sollen zahlreiche Streikende nicht wieder eingestellt worden sein, weil ihre Stellen bereits durch andere Kräfte besetzt waren. Die die Streikleitung mittels ist die Dienststelle der Entwurfsingenieure in der Putzbrunnstraße und auch die Sparkasse durch Koante der Eisenbahndirektion besetzt worden, welche den Hilfskräften, die ihre Arbeit wieder aufnehmen wollten, den Eingang verweigerten. Weiter wird behauptet, daß die Mitglieder der Angestelltenauschüsse vom Magistrat nicht wieder einstellt würden. Auch sollen zahlreiche Streikende in Stellen eingestellt sein, in denen sie nicht die Vergütung erhalten wie bisher. Die Streikleitung hat wegen dieser Vorfälle Protest beim Oberbürgermeister erhoben.

Der Berliner Magistrat erklärt dazu folgendes: Selbstverständlich werden alle Hilfsarbeiter, die nicht gestreikt haben, wie bisher weiter beschäftigt. Diejenigen aber, die sich dem Ultimatum des Magistrats, das bekanntlich am Donnerstag vormittag abließ, nicht gefügt haben, haben sich als entlassen zu betrachten. Es wird ihnen nun freigestellt, sich aufs neue zu Einstellung zu melden. Diese Meldungen werden aber, zumal inzwischen viele hundert neue Hilfskräfte zu Dienstleistungen angenommen worden sind, nur insoweit wieder auf Einstellung zu rechnen haben, als noch freie Stellen vorhanden sind. Die Streikende werden nicht bezahlt. Alle streikenden Hilfskräfte, die jetzt nicht wieder einstellt werden können und sich gemeldet haben, sind der Reihenfolge nach in Listen eingetragen worden und werden, soweit in Zukunft freie Stellen in der städtischen Verwaltung vorkommen sollen, berücksichtigt.

Wir müssen erneut auf die strenge Beobachtung der Bestimmungen des Demobilmachungsgesetzes über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern besonders aufmerksam machen.

Der Richtenberger Magistrat hat folgende Bekanntmachung erlassen: Der Magistrat ist nicht in der Lage, den Bureauhilfskräften über den Inhalt des Berliner Schiedsspruchs vom 11. d. M. hinausgehende Aufschlüsse zu machen. Er ist aber bereit, mit den Hilfskräften einen Tarifvertrag abzuschließen, der dem Inhalt des Berliner Schiedsspruchs entspricht. Die Bureauhilfskräfte werden aufgefordert, den Dienst bis Montag, 20. Oktober d. J., vormittags 8 Uhr, anzutreten. Denjenigen Hilfskräften, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, kann eine Gewähr dafür nicht gegeben werden, daß ihnen ihre Stellen weiter freigehalten werden. Bis Montag früh wird der Magistrat Neueinstellungen von Hilfskräften nicht vornehmen.

Die Verhandlungen der Gemeinde Tempelhof mit ihren Hilfskräften haben ergeben, daß sich die Angestellten bereit erklären, sich einem Schiedsspruch Groß-Berlin zu unterwerfen. Auf die Gemeinden Groß-Berlin wird die Gemeinde Tempelhof in diesem Sinne einwirken. Auf die zu erwartende Lohnzulage wird ein sofort zahlbarer monatlicher Zuschlag von 100 Mark gewährt. In einer Betriebsversammlung wurde die Frage „in einen Streik einzutreten“ mit 33 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Hilfskräfte des Magistrats Berlin!

Durch die Verhandlungen zwischen dem Magistrat und der Streikleitung ist die Wiedereinstellung der Hilfskräfte verabredet worden. Schon am Sonnabend ist uns über zahlreiche Nichtwiedereinstellungen Mitteilung gemacht worden. Wir fordern alle am Streik beteiligt gewesenen Kollegen, die sich bis Sonnabend früh in ihrem Bureau gemeldet haben, aber nicht eingestellt worden sind, auf einen Meldzettel mit folgenden Angaben bis Montag mittag 12 Uhr im Bureau des Zentralausschusses, Breite Str. 11, abzugeben: 1. Vor- und Zuname des Nichtwiedereinstellten; 2. bisherige Dienststelle; 3. angegebener Grund für die Nichtwiedereinstellung; 4. ob Mitglied eines Angestelltenauschusses.

Zentralverband der Angestellten.

Giebel, Verbandsvorsitzender.

Freier Angestellten-Verband.

Durfert, Verbandsvorsitzender.

Zentralauschuh der Hilfskräfte.

Der Vorstand: Rublig, Riedrowitz.

Gewerkschaftliches.

Die technischen Beamten gegen Noske.

Eine Versammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (Bundestagung) Magistraat Berlin, die am Freitag im Margarethen-Angebot tagte, nahm nach einem Referat des Gewerkschaftsbeamten Händeler eine Entschiedenheit an, in der flammender Protest gegen die Verordnung des Oberbefehlshabers Noske erhoben wird, der das in den Revolutionsagen vom deutschen Arbeiterstande eroberte volle Koalitionsrecht nach Art des absolutistischen Regiments großen Teilen der Arbeiter und Angestellten wieder nimmt. Gerade die technischen Angestellten sind sich dessen bewußt, daß auch im wirtschaftlichen Kampfe die Geleise der Menschlichkeit zu beachten sind und lebenswichtige Betriebe zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bevölkerung aufrecht erhalten bleiben müssen. Die Verammelten verurteilen es, aber auf das Übermaß, daß über die Köpfe der gewerkschaftlichen Organisation hinweg die Militärgewalt selbstherrliche Verfügungen trifft. Welche Betriebe als lebenswichtig anzusehen und in welchem Umfange sie aufrecht zu erhalten sind, kann nur durch Verhandlungen mit den Gewerkschaften und ihren zentralen Organisationen geklärt werden, die als die anerkannten Vertreter der Arbeitnehmer genügend Verantwortungsgefühl besitzen, um auch der Allgemeinheit gegenüber die richtige Grenze in der wirtschaftlichen Aktion anzuhalten.

Der Zusammenschluß in der chemischen Industrie.

Der Zusammenschluß der Hand- und Kopparbeiter auf Grund des Rätegesetzes ist bereits im Nahrungsmittele- und Bekleidungs- und in der Bekleidungs- und Textil-, in der Leder-, Holz- und Papierindustrie und im graphischen Gewerbe vollzogen. Am Freitag abend nahm nun eine zahlreich besuchte Versammlung der Funktionäre in der chemischen Industrie auch den Zusammenschluß in diesem Industriezweig vor. Vom Vollzugsrat referierte Genosse Sommerfeld. Er beleuchtete den augenblicklichen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands, insbesondere den Mißerfolg der freien Leder- und Papiergewerkschaft, ferner die Sabotage der Unternehmer, die damit den Beweis bringen möchten, daß die Arbeiterschaft noch nicht reif für das Selbstbestimmungsrecht sei. Die Gewerkschaften sind nicht geeignet, den Kapitalismus in den Sozialismus überzuführen. Die historische Entwicklung hat sie zu einem bloßen Instrument zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb des kapitalistischen Staates gemacht. Sie sind dadurch in der endlosen Schraube des Lohn- und Preisrückgangs zu einem notwendigen Faktor in der kapitalistischen Gesellschaft geworden, der aber niemals imstande ist, die Produktion im geeigneten Momente selbst zu übernehmen. Dazu muß das Rätegesetz geschaffen werden, das Kopf- und Handarbeiter, ohne Rücksicht auf Beruf und Partei, zusammenfaßt.

Die Ausführungen des Redners ernteten reichen Beifall. Wolff betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gerade in der chemischen Industrie, wie das Wüthlingen des letzten Streikes anschaulich gezeigt hat. Mit Ausnahme eines fanatischen Noskeverteidigers, der auf das Wesen des Zusammenschlusses mit keinem Wort einging, sprachen sich sämtliche Diskussionsredner einmütig für den geplanten Zusammenschluß aus, der dann auch auf der provisorischen Grundlage von 6 Untergruppen vollzogen wurde.

Den streikenden Metallarbeitern wurde zum Schluß in einer einstimmig gefaßten Resolution die wolle Sympathie ausgesprochen.

Lohnbewegung der Handelsarbeiter in den Papier- und Pappen-Engros-Firmen.

Die am 16. Oktober tagende außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der Handelsarbeiter aus den Papier- und Pappen-Engros-Betrieben Berlins nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Versammlung spricht ihr Mißfallen darüber aus, daß die Arbeitgeberverbände des Papiergroßhandels und Veranlagung des Pappengroßhandels auf die zugesetzten Forderungen der Arbeitnehmer mit unbegründeten Ausreden bisher jede Verhandlung ablehnten. Die Versammlung nimmt weiter Kenntnis davon, daß diese Arbeitgeberverbände der Einladung des Deutschen Papiergroßhändler-Verbandes zu den gemeinschaftlichen Verhandlungen zu erscheinen, abgelehnt haben. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband, dem die Verursachenden als Mitglieder angehören, wird von der Versammlung beauftragt, sofort alle Schritte einzuleiten, damit endlich die Angelegenheit der Arbeiter erledigt wird. Die Verammelten erwarten von den Arbeitgeberverbänden bis zum 22. d. M. einen endgültigen Beschluß, ob dieselben zu gemeinschaftlichen Verhandlungen bereit sind. Die versammelten Handelsarbeiter erklären weiter, daß sie jede Verantwortung für etwaige Streikungen in den Betrieben ablehnen und die Unternehmerverbände allein die Konsequenzen aus ihrem eigentümlichen Verhalten zu tragen haben.

Der Streik im Müllabfuergewerbe.

Der Streik der Müllabfuher, Müllfahrer und Verladearbeiter bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer ist noch nicht beigelegt, sondern dauert noch an. Im Gegenzug zu dem im Streik stehenden Arbeiterschaft, welche den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin angenommen hatte, lehnt die Wirtschaftsgenossenschaft die Annahme des Schiedsspruches ab. Ihren ablehnenden Standpunkt begründet die Gesellschaft in einem Schreiben an den Schlichtungsausschuh damit, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl wie die technischen Erfordernisse des Betriebes es ihr unmöglich machen, das von der Arbeiterschaft geforderte Zweifelhafte zum Durchführen zu bringen.

Nach längeren Verhandlungen hat die Gesellschaft sich bereit erklärt, für das tägliche zu leistende Arbeitspensum von drei Fuhrern mit 100 Kisten bzw. 600 Kisten in der Woche folgende Lohnsätze zu zahlen: für Aufsicht 150 M., Müllfahrer 144 M., Verladearbeiter 123 M., Stalleute 115 M., Hofarbeiter 95 M., Monteur und Kranführer 133 M. pro Woche. Das Reinigen der Pferde an Sonntagen vormittags soll den Aufsichtern, welche Dienst verrichten, mit 6 bzw. 8 M. vergütet werden. Alle anderen Tariffragen sollten nach Annahme dieser Lohnsätze und nach erfolgter Arbeitsaufnahme dann weiter beraten werden.

Am Freitag beschäftigten sich die Streikenden in einer Versammlung im Rönigkade-Casino mit dem Verhandlungsergebnis. In der ausgedehnten Ausfuhr wurde jedoch allseitig zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterschaft in Rücksicht auf ihre Zustimmung zum Dreifelhafte ein größeres Entgegenkommen erwartet hätte. Der Arbeiter-Ausschuh und die Verhandlung wurden daher beauftragt, die Verhandlungen am Sonnabend mit der Gesellschaft weiterzuführen und dahin zu wirken, daß den Aufsichtern, Schaffnern und Verladearbeitern höhere Lohnzulagen bewirkt werden.

Die Verhandlung am Sonnabend hat jedoch zu einem weiteren Ergebnis nicht geführt. Die Streikenden werden sich wahrscheinlich am Montag weiter mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigen.

Firma Siemens. Die im Fall entlassenen 300 Kollegen versammeln sich am Montag, den 20. Oktober, bei Bogel, Hohen-Schönhauser Weg, abends 6 Uhr.

14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Wir beginnen heute mit unserem eigenen Bericht über die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages. Die ersten drei Tage und ein Teil des vierten Tages wurde erst mit der Konstituierung der Generalversammlung und dann in geschlossenen Sitzungen mit der Beratung über den Berliner Streik ausgefüllt.

Stuttgart, 16. Oktober 1918.

Die geschlossenen Beratungen über den Berliner Streik füllten noch einen kleinen Teil des Vormittags vom 4. Tag der Verhandlungen aus. Da sich über die Bureaukrasie beide Fraktionen geeinigt haben, vollzieht diese sich rasch und werden einstimmig die Kollegen Brandes (Magdeburg), Richard Müller (Berlin) und Reichel gewählt. Auch über die Besetzung der einzelnen Kommissionen herrscht volle Einmütigkeit, die nach dem Schlüssel 5 zu 4 besteht und einstimmig gewählt werden.

Größere Auseinandersetzungen erfolgen über die Festsetzung der Tagesordnung insbesondere bei dem zweiten Punkte, dem Vorstandsbericht. Ein Teil der Redner ist der Meinung, es müsse ein Gegenredner von der Opposition allein bestimmt werden (Dihmann) während Haas das Argument anführt, daß auch auf der Gegenseite viele Kollegen mit der Tätigkeit des Vorstandes nicht einverstanden sind und noch einen Gegenredner haben möchten. Diese Ansicht drang durch; es werden zum Vorstandsbericht je ein Gegenredner sprechen und von den Disziplinierungsbedürfnissen wird ebenfalls diese Reihenfolge eingehalten werden.

Reichel gab den Geschäftsbericht des Vorstandes in ruhiger, sachlicher Form und bremte es streng nach irgend einer Seite anzuwenden. Sein Bericht war kein Geschäftsbericht im herkömmlichen Sinne, sondern er hatte ihn ganz auf die neuzeitlichen Verhältnisse eingestellt und wurde so ein schlagender Beweis dafür, daß heute Gewerkschaft und Partei nicht voneinander zu trennen sind. Denn seine Rede, die von tiefer Lebensregung durchdrungen war, befaßt sich mit allen wirtschaftlich-sozialistischen Fragen, die es gegenwärtig zu lösen gibt; somit konnte seine Rede fast nur politischen Inhalt haben.

Reichel verzeihlich gleich einleitend die Geschäftsführung des Vorstandes nach jeder Richtung hin. Die Richtlinien für den Vorstand habe der Röhre Verbandstag gegeben durch den Antrag Kurt. Er weist den Vorwurf, daß der Vorstand durch seine Politik den Streik verlängert habe, mit der Begründung zurück, daß von den 8-4 Millionen, die in der Kriegindustrie beschäftigt gewesen sind, nur 1/3 im Metallarbeiterverband organisiert waren. Bei den unterbrochenen Verbindungen hätte keine internationale Verständigung herbeigeführt werden können, in den anderen kriegsführenden Ländern sei es nicht besser gewesen. Die Ohnmacht der deutschen Arbeiter während des Krieges sei der politischen Spaltung zuzuführen. Er bedauert die Spaltung, die durch die Verteilung der Kräfte den Aufbau des wirtschaftlichen Sozialismus hemme. Die Maßnahmen des Vorstandes während des Krieges seien nur aus der Sorge für den Verband getragen gewesen. Die nächste liege die Herabsetzung in unseren eigenen Reihen ist, beweise das Austreten der Gelben, auch die syndikalistische Taktik sei verwerflich. Im Jahre 1917 führte der Verband 2040 Lohnbewegungen durch, an denen 1400 000 Arbeiter beteiligt waren.

Der Verband habe gegenwärtig (1. Sept.) 1400 000 Mitglieder, davon 200 000 weibliche. Auch die Gewerkschaftsbewegung ziehe auf die Verteilung des Kapitalismus. Der Vorwurf, daß durch die Arbeitsgemeinschaft der Kapitalismus neu gestärkt werden sollte, sei unzutreffend.

Reichel führt weiter aus, daß er nach dem Verbandstage in Köln ein Programm für die Sozialisierung entwickeln wolle. In sozialisierten Betrieben müsse man eine Kapitalumbildung für die Allgemeinheit ermöglichen, es dürfe nicht alles in Löhnen aufgehen. Seine weiteren Ausführungen sind dem Aufbau der Volkswirtschaft gewidmet. Eingehend behandelt er die Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus; die Verwirklichung des Sozialismus sei im Gegenjahren zur politischen Revolution ein organischer Prozeß. Die Hebung der Produktion müsse durch Arbeitsfreudigkeit gefördert werden; die Voraussetzungen dafür müßten gegeben sein.

Seine Rede endet mit einem Mahnruf zur Einheit; dann dankt die allen Mächte des Kapitals nie wieder erstarben, und die Volkswirtschaft würde günstiger gestaltet werden für die Verwirklichung des Sozialismus. Bei unseren Bestrebungen hänge vieles von der internationalen Lage ab, entscheidend sei die Haltung der Arbeiter der Entente ein Umwandlungsprozeß. Bildungsbestrebungen sollen erneut gefördert werden durch Herausgabe von Zeitschriften wissenschaftlicher wie fachtechnischer Art. Am Schluß bemerkt Reichel, daß die heutige Weisheit leicht in Härte in eine Milderheit kommen könne und nicht von diesem Gesichtspunkte aus auf dem Verbandstage zu beurteilen sei. Die Rede Reichels wurde ruhig angehört und mit leisem Beifall aufgenommen.

Hierauf erhielt Eiders (Gomburg) den Bericht der Redaktionskommission. Die von uns schon wiedergegebene Resolution über den Berliner Streik wurde einstimmig und mit großem Beifall aufgenommen.

Nachmittags-Sitzung des vierten Tages

beginnt mit der grundsätzlichen Auseinandersetzung über den Vorstandsbericht.

Dihmann-Frankfurt a. M. tritt als erster Redner der vom Vorstand während des Krieges und nach der Revolution getriebenen Politik entgegen. Die Generalversammlung müsse dafür sorgen, daß der Metallarbeiterverband zu einem Organ des Klassenkampfes umgestaltet werde. Sein Ziel müsse sein die Ueberwindung des Kapitalismus. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die der Krieg geschaffen, drängen mit aller Macht dazu. Die Taktik des Verbandes müsse ganz auf das welthistorische Ringen zwischen Sozialismus und Kapitalismus eingestellt werden. Wir leben heute in einem Zeitabschnitt, in dem Wochen und Monate die Bedeutung von Jahren und Jahrzehnten erlangen. Trotz alledem dürfe aber der Kampf des Tages nicht verkommen. Aus dem Vorstandsbericht übergehend bemerkt Dihmann: Der Vorstand habe es nicht verstanden seine politische Taktik auf die historischen Notwendigkeiten einzustellen. Bis zum völligen Zusammenbruch habe er die imperialistische Kriegspolitik, die Politik der Vaterlandverteidigung, des Burgfriedens und der Richtigstellung der Streiks mitgemacht. Nach Ausbruch der Revolution habe der Vorstand seine verkehrte politische Taktik des Anpassens und Einfügens in den Kapitalismus, der Ausgleichung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit konsequent fortgesetzt, was seinen sichtbarsten Ausdruck in der Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft finde. Der enge Bund mit den bürgerlichen Parteien, der während des Krieges geschlossen wurde, wurde nicht aufgegeben, sondern noch fester gesät. Alle alten Mächte sind heute wieder verbunden, um den revolutionären Proletariat mit allen Mitteln niederzuhalten. Dihmann bebringt sodann die Stellung der Opposition während des Krieges. Unsere Parole war: „Krieg dem Kriege, fort mit dem Burgfrieden und Treue dem internationalen Sozialismus!“ Die Wichtigkeit der Haltung der Opposition auf der Röhre Generalversammlung des Verbandes ist glänzend erwiesen worden. Millionen Menschen und unermeßliche Werte hätten erreicht werden

können, wenn man durch unsere Taktik dem Kriege ein früheres Ende bereitet hätte. Gegen Reichel gerichtet, meint Dihmann, daß auch selbst dann, wenn große Massen sich während des Krieges dem Verband angeschlossen hätten, der Vorstand doch nicht von seiner für das Proletariat so unheilvollen Politik abgelassen hätte (Lebhaftes sehr richtig), weil alle Gewerkschaftsvorstände auf die Kriegspolitik festgelegt waren. Heftige Angriffe richtete Dihmann

gegen die Haltung der Metallarbeiterzeitung,

die unentwegt die Durchhaltepolitik gepredigt habe. Er gibt einige Stichproben ab, bei welchen Reichel zustimmend nickt, worauf Dihmann feststellt, daß noch heute der gleiche Vorstand und Redaktion beherrsche. (Leb. Zustimmung.) Nunmehr kommt es auf ein tieftrauriges Kapitel zu sprechen. Er zeigt, wie ein großer Teil der Beamten des Verbandes während des Krieges mit dem Generalkommando Hand in Hand gearbeitet habe. Geradezu erschütternd wirkt es, als er darlegt, wie alle gewerkschaftlichen und sozialistischen Grundzüge niedergetrampelt wurden und wie versucht wurde, alle die, die diese Grundzüge hochhielten, unschädlich zu machen. Er belegt vor allem dokumentarisch das selbe und erbärmliche Denunziantentum der Leipziger Verhandlungsbeamten. Es sei tieftraurig, daß er gegen alte Kollegen, mit denen er jahrzehntelang gekämpft habe, derartige Angriffe richten müsse. Dihmann kommt dann auf die Novemberrevolution zu sprechen und sagt: Die Arbeiterklasse hatte die volle politische Gewalt, die sie heute nahezu ganz wieder verloren hat. Sie wieder zu erobern und zu befestigen, muß heute die vornehmste Aufgabe sein. Die in der Diktatur des Proletariats konzentrierte Macht ist allein berufen und imstande, den Sozialismus durchzuführen. Heute will man den ohnmächtigen Kapitalismus durch die Arbeitsgemeinschaft wieder heiligen. Die weiteren Ausführungen Dihmanns sind dem Nachweis gewidmet, daß Deutschland völlig reif zum Sozialismus sei. Deshalb müsse jedes Partieren mit den kapitalistischen Parteien und jede Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften ausgeschlossen sein. Der Klassenkampf müsse in aller Form weiter geführt werden. Der Jahrestag der Revolution wird eine große Enttäuschung sein. Noch kein Schornstein ist bis heute sozialisiert. Die Kapitalisten treten froher auf denn je. Dihmann schließt unter förmlichen Beifall mit dem Wunsch, daß sich die Arbeiterschaft zu dem letzten entscheidenden Ringen gegen den Kapitalismus recht bald auf der alten revolutionären Kampflinie finden möge.

Stuttgart, 17. Oktober.

Die Sitzung wird gegen 10 Uhr von Brandes eröffnet. Zur Geschäftsordnung stellt Dihmann die überaus tendenziöse Berichterstattung des „Vorwärts“ und die allgemeine Verurteilung derselben durch die Generalversammlung fest.

Als Korreferent erhält das Wort Sumner; Geßner ist von der Opposition zum Ausdruck gebracht worden, daß sie vom Willen befreit ist, etwas für das Proletariat herauszugeben. Das wollen auch wir, doch wir wollen nicht immer und immer wieder in die alten Fehler verfallen. Wir lehnen auch nicht alles gut, was vom Vorstand getan ist, und sind weiter der Meinung, daß es nicht angängig ist, dem Vorstand einen Vorwand in Form einer Kritik zu liefern. Es wäre besser gewesen, wenn der Kol. Schilde hier das Wort hätte gelten lassen: Ihr sollt selbst entscheiden.

Hiermit bin ich fertig mit der Kritik der Vergangenheit und gehe zur Zukunft. Der Obrigkeitssinn ist verschwunden, wir brauchen neue Wege, neue Führer. Von unseren Streikführern von links wie von rechts immer in Revolutionstomatik gemacht, sie können sich Revolution nicht anders vorstellen, als Straßenkämpfe, Häuserkämpfe... (Lachen, Zurufe: Rache!) Es gilt jetzt aufzubauen. Unsere Freunde von links, sie betreiben den Gedanken der Diktatur des Proletariats. Was ist denn diese Diktatur? Gibt es ein Mitbestimmen des Proletariats? Es ist immer ein Kreis, der diktiert. (Zuruf: Metallarbeiterverbandstag!) Die nächste Aufgabe beim Wiederaufbau der Wirtschaft fällt den Gewerkschaften zu:

Kampf gegen Kapital, Aufbau der Wirtschaft.

Dieser Prozeß wird sehr lang sein. Manche sind der Meinung, der Prozeß muß schnell gehen, alle wollen das Beste. Und um unsere Freunde von links zu überzeugen, will ich belesen, was Clara Zetkin sagte: Die Einführung des Sozialismus wird ein langer Entwicklungsprozeß sein. Es gilt, diesen Prozeß zu fördern. (Zuruf: Ihr brennt aber!) Auch die Sozialisierung wird ein langwieriger Prozeß sein. (Zuruf: Sie marschieren ja!) Die Sozialisierung wird in dem Maße vorwärts schreiten, als das Proletariat will. Die Schuld, daß hier bis jetzt so wenig getan ist, liegt in der Uneinigkeit der Arbeiterklassen. Und wenn sie Mäße erheben, so richten sie diese an eine falsche Adresse. Gegen Sie zu denen, die es verhindert haben, daß wir keine rein sozialistische Regierung haben. Wir haben die Aufgabe zu erfüllen, für die es kein Vorbild gibt, das deutsche Proletariat hat ein Beispiel zu liefern der übrigen Welt. Doch die Sozialisierung, sie ist nicht nur eine technische Frage, sie ist in erster Linie eine moralische, eine sittliche Frage. Und den Arbeitern wird klar gemacht werden müssen, daß ihnen die Sozialisierung nicht schon am nächsten Sonntag klingenden Beweis bringt.

Hier geht der Redner zu einer scharfen Kritik der Metallarbeiterzeitung über, die in ihrer strengen Abgeschlossenheit es so weit gebracht hat, daß diese weitverbreitete Meinung nicht mehr gelassen wird. Er tritt dafür ein, daß alle vorhandenen Einrichtungen: „Redaktion“, „Literarisches Bureau“ usw. ausgebaut werden zu Bildungswerkzeugen der tätigen Genossen.

Ich will übergehen zu den Pflichten des neuen Vorstandes. Er wird vor allem danach trachten müssen, die Sprengung der Versuche in unserem Verbande nutzbringend zu machen. Es wird geprüft werden müssen, ob die, die sich syndikalistischen Bewegungen angeschlossen haben, weiter im Verbande bleiben dürfen. Mit der Ruhe, die bisher im Verband geherrscht hat, wird es vorbei sein, die Massen werden mehr Aktivität verlangen und erhalten müssen. Keine Freunde sind fest entschlossen, an der neuen Leitung, dem neuen Vorstand mitzuarbeiten. (Zuruf: Bravo!) Wir erwarten aber auch, daß unser ehrlicher Wille nicht von irgend welchen Maßnahmen erschwert wird, ferner erwarten wir aber auch, daß endlich mit dem Grundgesetz gebrochen wird: Demke wie ich oder nicht. Wir wünschen, daß die Fragestellung der Beamten endlich einmal aufhört. Wir treten dafür ein, daß wir überall eine Vertretung bekommen, die unserer godenmächtigen Stärke entspricht. Werden diese unsere Wünsche erfüllt, wird die Zusammenarbeit gegeben sein. Wir haben eine große Aufgabe zu erfüllen: die brüderliche Zusammenarbeit herzustellen. Wird und bis gelingen, wird unsere Verbandsgeneralversammlung eine geschichtliche Bedeutung im höchsten Sinne des Wortes haben. (Zuruf: Beifall der Versammlung.)

In der Diskussion erhält das Wort Schäfer-Leipzig. Er stellt zunächst den Antrag, den Vorstandsbericht öffentlich zu geben, da alle ein Interesse daran haben, zu wissen, wie der Verband steht. Die Maßregelungen im Verbande, die der anderen Seite vorgeworfen werden, sie werden ja vom Hauptvorstand schon seit Jahrzehnten betrieben. Und dann die

Korruption während des Krieges.

Oder habe ich Dokumente, handschriftlich unterzeichnet von Legien, Bauer, Reklamationen genehmer Genossen, und die Militärbehörden, sie haben ja weitgehendes Verständnis gehabt. Auf der anderen Seite Denunzianten anderer denkender Genossen; Arbeiterverrat schlimmster Art.

Gründlich. Allenburg lehnt die alleinige Schuld Deutschlands am Kriege ab. Er teilt nicht die Auffassung Dihmanns, daß der Krieg durch einen Streik der Arbeiter früher hätte beendet werden können, es müßte der Zusammenbruch der Wirtschaft kommen, ehe die Revolution Aussicht auf Erfolg hätte. Wir haben ein gleiches Ziel, über die Wege müssen wir uns einig werden.

Leit-Verlin: Ich halte es für notwendig, zuerst einmal die Grundzüge festzulegen, auf die sich der neue Vorstand aufbauen soll, und es wird sich zeigen, wie weit die von der rechten Seite vorgeschlagenen Kollegen dieser grundsätzlichen Auffassung beitreten können. Wird hier vom Kol. Kummer in der Frage der Schuld Deutschlands am Kriege diese verneint, so möchte ich nur wünschen, daß die jetzige deutsche Regierung mehr mit dem Material herauskommt. In der Frage der Sozialisierung stehen wir auch auf dem Standpunkt, daß da zu allererst die Durchsetzung der Köpfe in Angriff genommen werden muß. Aber man wolle ja bisher einfach nicht sozialisieren, selbst nicht den Anfang machen mit den Industriellen, die sozialistischer sind. Wäre der Wille dagewesen, dann brauchen hier die Revolution nicht so weit auseinanderzugehen, dann brauchen nicht die Versplitterungsversuche belämpft werden. Wenn wir uns hier darüber verständigen, daß das A und O des Verbandes nicht bei den Führern liegt, dann werden wir Grundzüge aufstellen können, die ein gutes Arbeiten für das Wohl der Metallarbeiter ermöglichen.

Thomas-Mainz bedauert es, daß es Dihmann möglich war, ein solches politisches Referat zu halten. Viele von denen, die jetzt so radikal auftreten, gehörten in während des Krieges zu den Besetzern. Der Behauptung, daß nach der Revolution der Kapitalismus beläuft am Boden lag, kann der Redner nicht beitreten, er hat davon nichts gesehen.

Kollegin Dörschel-Düsseldorf bedauert, daß nur drei weibliche Delegierte amwesend sind, ein Beweis, daß die Wertschätzung der weiblichen Arbeitskraft immer noch gering ist.

Legien: Die Differenzen, die heute hier bestritten werden, sie bestanden ja schon immer in Arbeitsbewegungen. Besonders mit dem Kollegen Dihmann habe ich schon seit einem Vierteljahrhundert in Differenzen, denn er und seine Freunde wollen die Gewerkschaftsbewegung zu einer politischen machen. Wir sind der Meinung, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied der Partei, in der Gewerkschaft zusammengeschlossen werden. (Zuruf: Zu welchem Ziele?) Zum Sozialismus. (Lachen. Zuruf: So was nennt man Politik!) Die sogenannte Kriegspolitik ist nichts anderes als die Fortsetzung der Politik, die wir in deutschen Gewerkschaften immer betrieben haben. (Sehr richtig!) Wir wollten den Weltkrieg verhindern. Das Proletariat war nicht stark genug. — Es ist nicht wahr, daß die vor Ausbruch des Krieges einberufene Konferenz den Zweck hatte, sich der Regierung willfährig zu zeigen. Es scheint, daß man vergißt, was die Gewerkschaften während der schweren Zeit geleistet haben in bezug auf Arbeitslosenunterstützung, Fürsorge der Kriegsfamilien. Wären wir den Grundrissen der Opposition gefolgt, sicher wäre das Kriegsende früher zu Ende gewesen. Aber ob dann der Zusammenbruch Rußlands gekommen wäre? Dann würden wir heute unter russischer Diktatur so leben wie unsere Genossen in dem besetzten Gebiet. (Widerpruch.) Wir hätten auch keine deutsche Revolution, wir hätten auch keine Hoffnung auf revolutionäre Bewegungen in Frankreich und England. Lehnen Sie die Arbeitsgemeinschaften ab; es wäre bedauerlich. Die Arbeitsgemeinschaften sind keine Stütze des Kapitals, sie sind die logische Fortsetzung der bisherigen Gewerkschaftspolitik. Sie sind nicht erst am 18. November 1918 beschlossen worden, sondern schon im Juli haben wir zusammen, um mit den Arbeitgebern über die Möglichkeit der Demobilisation zu beraten. Alles, was die Gewerkschaftsleitung während des Krieges getan hat, hat sie getan nicht im Interesse des Kapitals, sondern im Interesse der Arbeiter und davon werden wir festhalten. (Zuruf: Bravo!)

Sporleder-Dannover spricht für die Einberufung einer Berufskonferenz der Schlichter.

Walther-Stuttgart spricht sich scharf gegen die Politik des Hauptvorstandes aus, erinnert an die Heßflugblätter, die herausgegeben wurden, und wenn gesagt wird, man soll das Alle nicht aufreizen; nun, wie wollen aus den gemachten Fehlern lernen. Wenn der Kol. Legien sagt, die Arbeitsgemeinschaften seien die Fortsetzung der bisherigen Politik, so stimmt das, doch die veränderten Verhältnisse erfordern eine veränderte Taktik, und die Arbeiter wollen, daß die Gewerkschaften auf eine andere Grundlage gestellt werden. Doch das geschieht nicht dadurch, daß man einige neue Leute in den Vorstand schiebt, die Umgestaltung muß von unten auf geschehen. (Beifall.)

Spiegel-Düsseldorf verweist sich gegen den Vorwurf, den Kol. Dihmann über den 7. Bezirk des Verbandes gemacht hat und schreibt die Mitgliederkarte seines Bezirkes, die während des Krieges den Friedensstand erreichte, der Güte des Disziplinargesetzes zu.

Müller-Bremen: Es ist hier viel von der Schuld am Kriege gesprochen und zum Ausdruck gebracht worden, daß diese dem Kapitalismus zufällt. Und doch soll der zusammengebrochene Kapitalismus wieder ausgerichtet werden. Kollegen, was uns trennt, ist die Tatsache, daß der Vorstand den Klassenkampf auf dem Altar des Wiederaufbaues der kapitalistischen Gesellschaft geopfert hat. Da helfen keine schönen Reden eines Legien. Die Arbeiter glauben ihm nicht mehr, und wenn ihm bei einer Konferenz die nordischen Genossen einen Blumenstrauß auf den Tisch gelegt haben, ich bin überzeugt, die deutschen Arbeiter hätten ihm etwas anderes auf den Tisch gelegt. Es ist hier davon gesprochen worden, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ lebend ist, ich behaupte, sie ist konterrevolutionär. Wenn hier von Kummer befragt wird, es sind in unserer Bewegung zu wenig schreibfähige Kräfte, so ist ja die schändliche Art und Weise, wie die Instanzen die Aufnahme von Beiträgen abgelehnt haben, schon genügend gekennzeichnet. (Beifall.)

Zum Bericht des Vorstandes ist folgende Resolution eingebracht worden:

Resolution zum Vorstandsbericht:

Die Generalversammlung bedauert die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Jene Kriegspolitik ließ den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften verschwinden und fand ihren Anknüpfung an der Seite der herrschenden Klasse, der bürgerlichen Parteien, und schielte zum engsten Zusammenarbeiten mit dem Arbeitgeberum in den sogenannten Arbeitsgemeinschaften, in denen sich die Vertreter freier Gewerkschaften in hohem Eintracht mit den Widersachern der Arbeiterklasse, den Kapitalisten zusammengefunden haben.

Die verwaltliche Kriegspolitik der leitenden Gewerkschaftsinstanzen und Vorstände fand ihre logische Fortsetzung nach dem Tode der Revolution. Anstatt den revolutionären Kampf des Proletariats mit allem Nachdruck zu fördern, wurde die Haltung der gleichen Gewerkschaftsinstanzen vielfach zu einem Hemmnis des proletarischen Befreiungskampfes inmitten der Revolution.

Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft muß ein sozialistischer sein. Davon ausgehend, sind Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Räuberismus einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sicheren Sieg

des Sozialismus zu führen, während in der strengen Weltrevolution des Proletariats.

Innerhalb des Metallarbeiter-Verbandes ist den Mitgliedern in weitestgehendem Sinne das Mit- und Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten. Neben rein betrieblichen Angelegenheiten entscheidet die Mitgliedschaft am Orte des Betriebes über die Verwendung der Arbeitskräfte sowie der Ordnung und Veranordnung betrieblicher Ertragsbeiträge.

Verwaltungsstellen, deren Generalversammlungen sich nach einem Vertretersystem zusammensetzen, haben letzterem eine Grundfrage zu geben, die es den Mitgliedern vor dem Eintreten einer jeden Generalversammlung — solche haben mindestens vierteljährlich stattzufinden — ermöglicht, ihre Vertreter zur jeweiligen Generalversammlung zu bestimmen.

Die Angestellten der Organisation haben sich gleich den Ortsvereinigungen einer jährlichen Neuwahl zu unterziehen. Das gleiche gilt für die Angestellten in den einzelnen Bezirken durch die zuständigen Bezirksorganisationen resp. Bezirkskonferenzen.

Die Ortsvereinigungen bedürfen keiner Bestätigung durch den Vorstand. Digmann.

Groß-Berlin.

Debatte.

Ich, wie schön war's doch hienieden,
Hörte man nichts mehr vom Frieden!
Raum ein Ausblick in die Weite!
Kingsherum ist alles pleite.
Schreden führt uns durch die Glieder,
Kingsherum stürzt alles nieder,
Alles rennet, schiebert, reitet,
Alles wird verpraht, verweitet!
Ja, es sollt' am deutschen Wesen
Einst die ganze Welt genesen!
Solche Erbschaft anzutreten,
Wird man höflichst nun gebeten!
Eine Welt von Nacht und Grauen,
Kinder, sagt mal im Vertrauen:
Denkt ihr wohl noch hier und da,
Wie das kam? Tatu — Tatu!

Wertlos wird die Mark — doch „Märker“
Wird mit jedem Tage stärker!
Eine Reaktionsperiode
Nacht im Stil der alten Mode!
Schon schleift man die Säbel schärfer,
Rüstet aus die Flammenwerfer,
Trommeln wirbeln, Autos knattern,
Helme blißen, Fahnen flattern,
Feldhaubilden, Handgranaten,
Kampfeshelden — auf Plakaten! —
Silberschärpen, spitze Lanzen,
Ordensbänder, Ordnonanzen,
Kinder, — alles ist schon da —
Fehlt nur noch — „Tatu — Tatu!“

Mit gar tiefbewegtem Herzen
Sieht man die Minister sterzen!
Scheidemann gibt auf das Kängel,
Und auch Bauer schnürt sein Kängel,
Roske steckt den Degen ein,
Davidshleuder und den Stein,
Poladowsky mit dem Barte
Niest jetzt an und auf der Barte.
Beer sind die Ministerfellei;
Wie in einem Herzensfellei;
Wirbelt alles durcheinander — — —
Na, versuchen könnt' man's ja,
Wie war's mit „Tatu — Tatu?“

Opa.

Was man Angestellten heute noch zumutet.

Man sollte es nicht für möglich halten, was heute noch Angestellten zugemutet wird. Bewirbt sich da ein Mann im Alter von 33 Jahren bei dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt um eine Anstellung. Die Antwort, die dem Bewerber zuteil wurde, ist so charakteristisch für den Geist der in diesem Vorstandsamt, daß wir dieselbe hier wiedergeben. Es heißt in dem Antwortschreiben:

„Wir haben Sie für den Kontrollbeamtendienst zunächst vorgemerkt. Die endgültige Annahme Ihrer Bewerbung wird jedoch von einer vorgängigen dreimonatigen, unentgeltlich bei uns abzuleistenden informativischen Beschäftigung abhängig gemacht, zu welcher Sie erst bei eintretendem Bedarf einberufen werden.“

An die informativische Beschäftigung würde sich eine sechsmonatige Probebeschäftigung, während welcher Sie eine monatliche Vergütung von 120 Mark beziehen würden, und hiernach zunächst weitere diätarische Beschäftigung auf Kündigung gegen die gleiche Vergütung anschließen.

Ein Anspruch auf feste Anstellung ist aus dieser Beschäftigung nicht herzuleiten, sie wird nur, soweit Stellen im Etat vorhanden sind, erteilt.

Der Bedarf an Arbeitskräften ist aber bis auf weiteres gedeckt. Sie haben daher in absehbarer Zeit nicht auf Einberufung zu rechnen.

Die Bewerbung ist schließlich bis zum 1. Dezember, das erstmalig bis zum 1. Dezember des auf die Notierung folgenden Kalenderjahres, zu erneuern, widrigenfalls sie als erloschen gilt. Beauftragt.

gez. Nietmann.

Also zunächst drei Monate unentgeltlich, dann sechsmonatiger Probebetrieb mit 120 Mark monatlich, als ob es gälte, eine mit Ministergehalt dotierte Stelle anzunehmen. Sollte man es für möglich halten, Bewerber solche Zumutungen zu steifen? Und übernimmt der Vorstand dieser Anstalt wirklich die Verantwortung für diese Unverantwortlichkeit?

Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Im Landesanstaltungsgebäude am Lehrter Bahnhof wurde am Freitag im Beisein zahlreicher Vertreter staatlicher und städtischer Behörden die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eröffnet. Sie soll nicht nur den Zweck haben, die Unerschrockenen vor leichtsinnigem Umgang abzusprechen, sondern sie ist vor allem dazu berufen, das Vertrauen zur ärztlichen Kunst zu vertiefen und Aufklärung zu verbreiten.

Es ist beabsichtigt, Wanderausstellungen auch für die mittleren und kleinen Städte zu veranstalten, um den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten, die infolge des langen Krieges, der überhäufigsten Demobilisierung und der allgemeinen Disziplinlosigkeit eine erschreckende Ausdehnung angenommen haben, aufzunehmen.

zunehmen. Vordringlicher als Schriften und Vorträge wären die Ausstellungsobjekte, die sorgfältig von Kollegen ausgewählt und zusammengestellt, die Folgen und Wirkungen der geschlechtlichen Erkrankungen zeigen.

Vollbildung in Friedrichsfeld-Karlshorst.

Der auf Grund eines Beschlusses der Gemeindevertretung ins Leben gerufene Volksbildungsausschuß hat nunmehr sein Programm fertiggestellt. Neben künstlerischen Veranstaltungen und Einzelvorträgen bezieht der Ausschuß auf Studien- und Unterrichtsfürsorge ab. Der Preis der Hörerliste für den vierteljährlichen Kursus beträgt 2 M. Sämtliche Veranstaltungen finden im Realschulhaus, Treptow-Allee, statt. Hörerlisten sowie Einzahlungsscheine zu den Einzelvorträgen sind in den Gemeinde-Verkaufsstellen zu haben.

Zur Landeskonferenz der Erwerbslosenräte Preußens.

Auf der Provinzialkonferenz der Provinz Brandenburg ist im Beisein des provinzialen Landesauschusses beschlossen worden, daß Provinzen, welche bis zu 10 000 Arbeitslose haben, zwei Delegierte zur Landeskonferenz schicken sollen, Provinzen mit mehr als 10 000 Arbeitslosen erhalten auf jedes weitere 10 000 einen Delegierten zugebilligt. Die Erwerbslosenräte Preußens werden ersucht, nun dementsprechend zu verfahren und der Zahl der vorhandenen Arbeitslosen entsprechend Delegierte zur Landeskonferenz zu entsenden.

Achtung! Hausfrauen, Hauswarte, Vorkiers.

Die Rohrleger und Helfer Groß-Berlins befinden sich im Streik. Die Reparaturen an Wasserleitungen und Abflusshöfen, Gasleitungen und Heizungsanlagen werden jetzt vielfach von Streikbrechern ausgeführt, die sich als selbständige Meister, Klempner, Schlosser usw. ausgeben. Vielfach ist das jedoch nur ein Deckmantel, unter dem sich zweifelhaftes Existenz als Streikbrecher verbergen. Wir bitten, in jedem Falle nach der Arbeitsberechtigungsliste zu fragen. Diese ist von roter Farbe, mit dem Stempel „Die Streikleitung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins“ und der Unterschrift „Rag Hiese“ versehen. Wer eine solche Karte nicht aufweisen kann und trotzdem obengenannte Reparaturen ausführt, ist als Streikbrecher zu betrachten. Wir bitten, in jedem Falle Meldung an die Streikleitung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins, Engelauer 15, Gewerkschaftshaus, Saal 2 (Telephon Moritzplatz 4407), zu erhalten.

Die Streikleitung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins.

Die Opfer des Handgranateneinsatzs.

Mit Handgranaten wird jetzt in der leichtfertigen Weise umgegangen. Das zeigt das Unglück in Steglitz. Dort sind, nach den Feststellungen der Militärbehörde, Feldwebel Bougart, Unteroffizier Otto II und die Freiwilligen Bouwai und Kürschner zu Tode gekommen. Schwere Verletzte ist ferner der Freiwillige Schneider. Als Ursache des Unglücks wird angenommen, daß sich an einer der Stielhandgranaten der Verschluß gelöst hatte, die Abzichschnur sich festgebaht und die Granate, ohne daß ihr Träger es merkte, zur Explosion gebracht hat. Es ist ein gefährlicher Zustand, daß Handgranaten auch heute im Frieden überhaupt noch zur Verwendung gelangen.

Eine dunkle Geschichte.

Von einem Genossen wird uns mitgeteilt, daß in Niederhönowe in der Epre- und Fliegstraße eine lange Reihe Militärwagen stehen, die mit Rosten, auf denen „Werkzeug“ steht, beladen werden. Außerdem werden neue Kanonenrohrwischer, Wagenräder aller Art und Werkzeuge, wie Haden usw., verladen. Zwei Posten stehen vor den Wagen Woche. Die Posten erklärten auf Befragen, daß sämtliches Material in Kasse verladen wird und auf dem Wasserwege ins Ausland kommt, um dort verkauft zu werden, da die Sachen hier von niemand gekauft werden.

Man kann aber auch anderer Ansicht sein. Sollte das Material bei uns im Lande tatsächlich nicht verwendet werden können? Die Angelegenheit bedarf dringend der Aufklärung.

Turnverein „Fichte“.

In den nachstehend aufgeführten Turnhallen hält der Verein für die schulpflichtige Jugend Berlins Turn- und Spielabende ab.

Wir bitten die organisierte Arbeiterschaft darauf zu achten, daß ihre Kinder den Vereinen des A. T. und Sp. B. angehören. Das Eintrittsgeld für jedes Kind beträgt 0,20 M. (für Unfallversicherung beim Hund). Der monatliche Beitrag 0,25 M. Sind mehrere Kinder einer Familie, so zahlen nur die ersten beiden, jedes weitere Kind ist frei. Auskunft wird in unserer Geschäftsstelle Köpenicker Straße 108 (Korridor 6522) jederzeit gern erteilt.

1. Anaben-Abtlg. SO. Reichenberger Str. 181, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr; 2. Anaben-Abtlg. NW, Bielefeldstraße 58, Dienstag 6.30—8.30 Uhr; 3. Anaben-Abtlg. N, Eberhardswalder Straße 10, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 4. Anaben-Abtlg. O, Rigoer Straße 81/82, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 5. Anaben-Abtlg. R, Christiania-Str. 88/89, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 6. Anaben-Abtlg. S, Geiseler Str. 85, Montag und Donnerstag 6—8 Uhr; 7. Anaben-Abtlg. R, Bankstr. 18/19, Mittwoch und Sonnabend 6—8 Uhr; 8. Anaben-Abtlg. R, Böttcherstraße 16, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 9. Anaben-Abtlg. O, Ehrenbergstr. Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 10. Anaben-Abtlg. O, Kopenicker Str. 76, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 11. Anaben-Abtlg. SO, Götlicher Wfz 2, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 12. Anaben-Abtlg. NO, Kaiserstr. 44/45, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 13. Anaben-Abtlg. NW, Turmstr. 75, Freitag 6—8 Uhr; 14. Anaben-Abtlg. O, Straßmannstr. 6, Montag und Donnerstag 6—8 Uhr; 15. Anaben-Abtlg. SW, Wittenwalder Str. 34/37, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 1. Mädchen-Abtlg. NW, Siemensstraße 20, Montag 6.30—8.30 Uhr; 2. Mädchen-Abtlg. SO, Götlicher Str. 51, Freitag 6—8 Uhr; 3. Mädchen-Abtlg. R, Gleimstraße 49, Montag und Donnerstag 6—8 Uhr; 4. Mädchen-Abtlg. O, Rigoer Str. 8, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 5. Mädchen-Abtlg. S, Borchstraße 9/10, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 6. Mädchen-Abtlg. R, Christiania-Str. 36/39, Montag und Donnerstag 7—8.30 Uhr; 7. Mädchen-Abtlg. R, Utechtter Straße Nr. 81, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 8. Mädchen-Abtlg. R, Streiber Str. 41a, Dienstag und Freitag 6—8 Uhr; 9. Mädchen-Abtlg. NW, Siemensstr. 20, Donnerstag 6—8 Uhr; 10. Mädchen-Abtlg. O, Rigoer Str. 81/82, Montag und Donnerstag 6—8 Uhr.

Die Kartoffelversorgung in Berlin ist fast gefährdet. In einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister weist der Magistrat Berlin darauf hin, daß in diesem Jahre es noch nicht möglich war, Kartoffeln als Wintervorrat einzulagern oder an die Bevölkerung zu veräußern. So wie im Stadtfeld Berlin steht es auch in den übrigen Gemeinden Groß-Berlins. Die schlechtere Ernte allein ist hieran nicht schuld, vielmehr liegt es daran, daß die Landkreise ihren Lieferungsverpflichtungen nicht nachkommen. Die Reichsregierung ist verpflichtet, hiergegen mit aller Energie vorzugehen.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Vorkarben der Nord-Südbahn machen es erforderlich, die durch die Voss-Allee-Straße verkehrenden Linien am 20., 21. und 22. d. M. von 11 Uhr abends ab in beiden Richtungen umzuleiten. Es werden verkehren Linie 70, 73, 99 und 104 über Blücher-, Joffener, Gneisenaustraße, Linie 1 und C durch die Gneisenaustraße, Linie 60 durch die Gneisenau-, Wilmanns-, Pringels-, Gützkow-Straße, Linie 63 verkehrt nur bis zum Halleschen Tor.

Kohlenversorgung. Die Deputation für die Kohlenversorgung, Berlin G. 2, Spandauer Str. 10, bittet mitzuteilen, daß ihre Ausschüsse von Montag bis Mittwoch nächster Woche nur für

solche Personen geöffnet ist, die keine Kohlenkarten (Kohlenkarten) erhalten haben. Die Ausgabe der neuen Kohlenkarten konnte infolge des Streiks der Hilfskräfte bisher nur in einem Teil der Bezirkskommissionenbezirke vorgenommen werden, sie wird aber in den nächsten Tagen überall erfolgt sein.

Das vorläufige Hauptergebnis der Volkszählung vom 6. d. M. heißt sich für die Stadt Berlin auf 1 807 864, wovon 864 000 männlichen, 1 043 255 weiblichen Geschlechts sind.

Die Sparkasse der Stadt Berlin nimmt vom Montag, den 20. d. M., ab den Sparverleih in allen Klassen und Sozialklassen in vollem Umfang wieder auf.

Ein 15jähriger Schwindler, der es mit jedem „Alten“ aufnimmt, treibt in Groß-Berlin sein Unwesen. Er kundschaftet die Arbeitsstellen von Männern aus, bejudt dann die Frauen und erzählt ihnen, die Männer hätten Gelegenheit gehabt, Futter und Fleisch billig zu kaufen, aber nicht genügend Geld bei sich. Sie liegen bitten, ihm den Restbetrag mitzugeben, um sich die gute Gelegenheit nicht entgehen zu lassen. Die arglosen Frauen geben dem durchtriebeneren Betrüger auch mit, was es verlangt und sind ihr Geld los. Der jugendliche Schwindler trägt eine schwarze Hose mit roter Weste.

Eine Spielfußstreife unternahm die Kriminalpolizei auch in der vergangenem Nacht wieder. Die Beamten suchten die Räume von 14 ehemaligen Klubs auf, um festzustellen, ob trotz Verbote und Schließung noch gespielt wurde. Die Räume waren zum größten Teil ganz geschlossen. Nur an wenigen Stellen hatten sich ein paar Leute eingeschoben, die aber nicht spielten. Ancheinend haben die Spieler rechtzeitig Wind bekommen von der Kontrolle. Als die Beamten sich schon auf dem Heimwege befanden, streichen die Beamten zufällig auf einen Mann, der ihnen einen Hittel in die Hand drückte, um dem umzusehen war, daß Haus Hlombstraße 40/41 zu besuchen. Dieses Bettelhaus war für niemand weniger als für Kriminalbeamte bestimmt. Diese folgten aber um so lieber der Einladung und fanden in einer Wohnung im zweiten Stock des Quergebäudes eine Spielfußgesellschaft bei vollem Betrieb. Das Netz wurde sofort aufgehoben. Es zeigt sich auch hier wieder, daß die Spieler sich mehr und mehr aus öffentlichen Räumen in Privatwohnungen zurückziehen.

Zirkus Busch. Die am Dienstag und Freitag jeder Woche stattgehabten Vorkämpfe fallen vorläufig aus. Dafür finden schon ab kommenden Dienstag wieder die üblichen gänzlich freien Vorstellungen statt, mit reinem Zirkusprogramm und der tragikomischen Pantomime „Aphrodite“ als Schlußstück.

Lebensmittellisten.

Wohl- und Mehlerzeugung in nächster Woche auf Reichweite mit dem Reanwort „Lust“.

Reichswirtschaft. In Groß-Berlin wird jetzt mit der Ausgabe einer im Auftrag der Reichsregierung aus Auslandsmarketen und amerikanischen Speck hergestellten Fleischwurst begonnen. Der Verkauf erfolgt wie bei der sogenannten städtischen Einheitswurst gegen Fleischmarken, und zwar zum Preise von 4,50 M. für ein Pfund.

Berlin. In der Woche vom 20. bis 26. Oktober auf die Reichsweirtschaft inländisches Fleisch und, falls dieses nicht ausreicht, amerikanischer Speck. Die Fleischstellen Groß-Berlin macht darauf aufmerksam, daß das Mittelfleisch der zur Zeit gültigen Speisefleischarten bis zum Ende der Woche (26. Oktober) für den Rubezug bei der qualitätsweisen Verteilung auszubewahren und nicht fortzusetzen ist. In welchen Quantitäten Rube verteilt wird, wird noch bekanntgemacht.

Charlottenburg. Es gelangen zur Ausgabe: 250 Gr. Fleisch; 7 Pfd. Kartoffeln; 1/2 Pfd. Zucker; auf allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Anspruch Charlottenburg: 150 Gr. Teigwaren auf Abschnitt 89, 200 Gr. Hofmehlmehl auf Abschnitt 91, 250 Gr. ausländ. Weizenmehl auf Abschnitt 92; 150 Gr. Graupen auf Abschnitt 93 des Einheitskatalogs; 130 Gr. Margarine auf die Abschnitte 7 10; 250 Gr. ausländ. Weizenmehl auf die Abschnitte 8 20 der Charlottenburger rauen Nahrungsmittelkarte; 250 Gr. Inlandsmehlmehl auf Abschnitt 20; 1 Pfd. Schokolade auf Abschnitt 202; 250 Gr. Rostbrot auf Abschnitt 207. Einmalig im Monat Oktober an die Kinder im 1., 2. und 3. Lebensjahre und an die über 65 Jahre alten Personen auf besondere Berechtigungskarten und gegen Abgabe einer entsprechenden Anzahl Brotkartenabschnitte Reis, soweit der Vorrat reicht. Desgleichen bis zum 8. November an die über 65 Jahre alten Leute, das sind diejenigen, die vor dem 16. Oktober 1854 geboren sind, auf besondere Berechtigungskarten einmalig, soweit der Vorrat reicht, 250 Gr. Kakaopulver.

Spanbau. 80 Gr. Margarine und 20 Gr. Teig; 7 Pfd. Kartoffeln; 1/2 Pfd. Schmelzprodukt; Schokolade, Kartoffelmehl, Honigkuchen und Eigelber.

Pankow. Vom 20. Oktober ab werden die 1/2-Liter-Kanonenkarten wieder mit Fleischfleisch beliefert. Um diese Belieferung zu ermöglichen, müssen die 1- und 1/2-Literkarten vom 20. bis 26. Oktober einschließlich um die 1/2 Liter Fleisch gekürzt werden. Diese Kürzung darf nur in den Fällen stattfinden, welche von der Firma Speckwurst mit Fleisch beliefert werden, erfolgen. Als Ersatz für die ausbleibende Fleischmenge wird 1 Pfd. Reis gegen Bezugsgeld in Rechnung. Die Bezugsgeld werden vom 20. ab nur gegen Vorlegung der abgestempelten 1- und 1/2-Karten in der Fleischabteilung, Breite Straße 1, Zimmer 18, ausgetauscht.

Reis. 1 Pfd. Reis; 150 Gr. Graupenmehl; 1/2 Pfd. amerikanisches Weiz; für Kriegsberechtigungs 1 Pfd. Teigwaren, Reis, Grieß oder Hofmehlmehl; für wachsende Mütter und Kinder 1/2 Pfd. Teigwaren, Reis, Grieß oder Hofmehlmehl; für Jugendliche 1/2 Pfd. Reis, Reis, 7 Pfd. Kartoffeln; 250 Gr. Weizenmehl; 150 Gr. Erbsen; 250 Gr. Marmelade; 5 Pfd. Obst.

Wilmersdorf. Fleisch gemäß besonderer Bekannmachung. 7 Pfd. Kartoffeln auf 42—43g. 375 Gr. Zucker auf 75 für die Zeit vom 15. bis 31. Oktober. Speisefleisch gemäß besonderer Bekannmachung. Je 250 Gr. ausländische Hülsenfrüchte auf 74 und 75, zusammen 500 Gr. (1,25 M.). 250 Gr. Marmelade auf I (0,95 M.). 100 Gr. Rum. Eigelber auf R (4,80 M.). Für Jugendliche: 200 Gr. Hofmehlmehl; 250 Gr. Weizenmehl; 7 Pfd. Kartoffeln. Ausgabe der Fleischkarten für Kranke und schwangere Frauen vom 23. bis 25. des Monats von 8 bis 1 Uhr im Rathaus, Zimmer 18. Auf Abschnitt 175 der hiesigen Lebensmittelkarte beginnt der Hofverkauf am Montag, den 20. Oktober, von Nr. 12 501—15 000, Mittwoch, den 22. Oktober, von Nr. 15 001—17 500, Freitag, den 24. Oktober, von Nr. 17 501—20 000. Für körperlich schwache Personen auf alle Abschnitte nur Montag, den 20. Oktober.

Tempelhofer. 1175 Gr. Kakaobrot; 80 Gr. Butter; 150 Gr. Margarine; Verkauf von 250 Gr. ausl. Hülsenfrüchte (74); 250 Gr. Weizenmehl (90); 250 Gr. ausl. Weizenmehl (10); Anmeldung von 250 Gr. Weizenmehl (92); je 250 Gr. ausl. Weizenmehl auf R 20, 2 20, 3 24, 4 24, 3 24.

Rommes. Woche vom 20.—26. Oktober: 250 Gr. Hülsenfrüchte auf Abschnitt 79; 150 Gr. Graupen auf Abschnitt 93; 2 Gläs. Suppenwürfel auf Abschnitt 48 der blauen Lebensmittelkarte; 250 Gr. Weizenmehl oder Weizenmehl auf Abschnitt 47 der blauen Lebensmittelkarte. Die Karteninhaber haben am Montag, den 20. und Dienstag, den 21. Oktober, die Kartenabschnitte bei dem Kleinhandler abzugeben. Die Ausgabe der Ware findet von Freitag, den 24., bis Sonntag, den 26. Oktober, statt.

Dienstag erscheint:

Eichhorn über die Januar-Ereignisse

2. Mark.

Bestellungen erbitten sofort!
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.
Abt. Buchhandel, Berlin NW 6